

Europas Ringen mit sich selbst Grundlagen einer europäischen Identitätspolitik

Dr. Michael Weigl

Europa Vordenken
April 2006



Dr. Michael Weigl (1971) absolvierte ein Volontariat beim „Wolnzacher Anzeiger“ und arbeitete als Redakteur beim „Donau Kurier“ Ingolstadt. Von 1994 bis 1999 studierte er Bayerische Landesgeschichte, Neuere- und Neueste Geschichte und Politische Wissenschaft in München. Er promovierte am Institut für Bayerische Landesgeschichte der Universität München über „Das Bayernbild österreichischer Repräsentanten in München 1918-1938. Die diplomatische und konsularische Berichterstattung vor dem Hintergrund der bayerisch-österreichischen Beziehungen“. Die Arbeit wurde mit dem „Michael-Doeberl-Preis“ (2003) ausgezeichnet. Seit 1996 gehört Michael Weigl der Forschungsgruppe Deutschland des Centrums für angewandte Politikforschung in München an. Zwischen 2003 und 2005 verantwortete er den Projektbereich „Grenzregionale Identitäten“.

Kontakt:

Dr. Dominik Hierlemann

Themenfeld Internationale Verständigung

Bertelsmann Stiftung

Telefon: 0049 5241 81 81537

Fax: 0049 5241 81 681537

Email: dominik.hierlemann@bertelsmann.de

Internet: www.bertelsmann-stiftung.de

Zusammenfassung

Eine europäische Identität, die Europa als Teil der Selbstbilder seiner Bürger begreift und sich damit von einem Europabewusstsein als lediglich reflexivem Wissen um die Europazugehörigkeit unterscheidet, sieht sich mit vier Herausforderungen konfrontiert:

1. Sie muss ein tatsächliches „Europa der Bürger“ fördern und hierfür die Verankerung des Europagedankens in allen sozialen Schichten der Bevölkerung unterstützen.
2. Sie muss eine europäische Identität formulieren, die einerseits kompatibel ist mit regionalen und nationalen Selbstverständnissen innerhalb Europas und andererseits das Profil Europas nach Außen schärft.
3. Dieser Identitätsentwurf darf sich nicht auf eine Beschreibung Europas beschränken, sondern muss vielmehr einen flexibel an sich verändernde Rahmenumstände anzupassenden Zukunftsentwurf in historischer Kontinuität formulieren.
4. Voraussetzung für das Gelingen dieser Aufgaben ist schließlich, dass eine europäische Öffentlichkeit durch die Transnationalisierung europäischer Diskurse etabliert wird.

Gemessen an diesen Herausforderungen kann nur bedingt von einer europäischen Identität gesprochen werden. Europa ist aktuell vor allem als Projekt der Eliten zu charakterisieren, während es in den Einstellungen der Bürger zumeist nur als Bewusstsein, nicht aber als Identität zu greifen ist. Intellektuelle fordern zwar angesichts dieses Befundes vehement eine europäische Öffentlichkeit ein, denken aber wesentlich an einen grenznegierenden Diskurs der Eliten. Die EU vermochte es bislang nicht, in der Kommunikation ihres Identitätsangebotes eine breite Öffentlichkeitswirksamkeit zu erzielen.

Grund für dieses Defizit ist nicht zuletzt, dass das von Seiten der Politik wie von Teilen der Gesellschaft favorisierte Konzept eines „in Vielfalt geeinten“ Europas der inneren Einheit Europas entgegensteht. Ein europäisches Identitätsangebot, welches als Dach über den regionalen und nationalen Identitäten fungieren könnte, wurde bislang nicht formuliert. Besonders die spezifischen historischen Erfahrungen der neuen EU-Mitgliedsstaaten wurden bis dato kaum angemessen berücksichtigt. Den europäischen Identitätsangeboten mangelt es seit dem Ende der Blockkonfrontation an einer stringent aus der Historie abgeleiteten Zukunftsvision für Europa, welche alle Bürger gleichermaßen zu emotionalisieren und für Europa begeistern könnte.

Die Europäische Union hat in diesem Diskurs um eine europäische Identität ihre Deutungshoheit über Europa weitgehend verloren. Um sie zurück zu gewinnen, muss sie sich von ihrer Politik des kleinsten identitären Nenners, welche in Unverbindlichkeiten ihres europäischen Identitätsangebotes mündet, verabschieden. Mit der Formulierung eines „Leitbildes Europäische Identität“ wäre es der Kommission möglich, ihr Profil zu schärfen und die „agenda-setting“-Rolle im Ringen um ein europäisches Selbstverständnis für sich zu reklamieren. Um ihr europäisches Identitätsangebot aber auch tatsächlich mittels einer europäischen Öffentlichkeit in der Bevölkerung verankern zu können, bedarf es einer konzertierten Aktion europäischer Massenmedien, welche mit einem „Roundtable europäischer Medien“ initiiert werden könnte. Darüber hinaus muss sich die EU in die Alltagswelt der Bürger einmischen, was neben dem Entgegenwirken ihres Demokratie- und Transparenzdefizits ebenso bedeutet, in Sprache und Symbolik stärkere Präsenz vor Ort zu zeigen.

Inhalt

Herausforderungen an eine europäische Identität	5
A) Europa der Bürger	9
Einstellungen	9
Politik	11
Gesellschaft	13
Bewertung	14
B) Europa der Nationen und Regionen	16
Politik	16
Gesellschaft	18
Bewertung	20
C) Europa der Vergangenheit und Zukunft	23
Politik	23
Gesellschaft	26
Bewertung	28
D) Europa der Öffentlichkeit	31
Politik	31
Gesellschaft	32
Bewertung	34
Synopse und Handlungsempfehlungen	37
Auswahlbibliographie	44

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Herausforderungen an eine Europäische Identität	5
Tabelle 2:	Übersicht „Europa der Bürger“	15
Tabelle 3:	Übersicht „Europa der Nationen und Regionen“	22
Tabelle 4:	Übersicht „Europa der Vergangenheit und Zukunft“	30
Tabelle 5:	Übersicht „Europa der Öffentlichkeit“	36
Tabelle 6:	Übersicht über das Verständnis europäischer Identität ausgewählter gesellschaftlicher Akteure	40

Herausforderungen an eine europäische Identität

Eine Darstellung und Bewertung aktueller Debatten um eine europäische Identität sieht sich mit dem Problem konfrontiert, dass die Auseinandersetzung nicht nur die inhaltliche Ausgestaltung und kommunikative Durchsetzung einer solchen berührt. Vielmehr ist bis heute nicht einmal ein Konsens darüber gefunden worden, wie denn eine europäische Identität überhaupt zu definieren ist. Nicht zuletzt rührt dieser Umstand daher, dass sich auch bei kollektiven Identitäten – zu denen auch raumbezogene Identitäten regionaler, nationaler und europäischer Art zu rechnen sind – noch kein Ansatz herausgestellt hat, der den Gegenstand hinreichend zu erklären wüsste und Allgemeingültigkeit für sich in Anspruch nehmen könnte.

Eine Annäherung an den Begriff der europäischen Identität muss daher, sollen die verschiedenartigen Facetten dieses Phänomens erfasst werden, von Definitionskriterien personaler Identität ausgehen und diese auf das geglaubte „Kollektiv“ Europa projizieren (vgl. Tabelle 1). Als zentrale Analyse Kriterien des gegenwärtigen Ringens um eine europäische Identität können gelten:

Tabelle 1: Herausforderungen an eine Europäische Identität

Kriterium	Element personaler Identität	Element europäischer Identität	Herausforderungen europäischer Identitätsbildung
Akteure	Individuen	Europa der Bürger	<ul style="list-style-type: none"> • Verankerung des Europagedankens in allen sozialen Schichten der Bevölkerung • Transformation europäischen Bewusstseins in eine europäische Identität • Etablierung Europas in alltäglichen Wirkungskontexten
Leitfrage	„Wer bin ich?“	Europa der Nationen und Regionen	<ul style="list-style-type: none"> • Kompatibilität europäischer „Wir“-Konstruktion mit regionalen und nationalen Selbstverständnissen • Schärfung der Abgrenzung nach Außen
Funktion	Orientierung in den Zeiten	Europa der Vergangenheit und Zukunft	<ul style="list-style-type: none"> • Entwurf von Zukunftsentwürfen in historischer Kontinuität • Anpassungsfähigkeit des Europabildes
Konstruktion	Narrativ	Europa der Öffentlichkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Transnationalisierung europäischer Diskurse • Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit

Akteure: Dass auch kollektive Identitäten stets den Individuen verpflichtet bleiben, konstatierte schon der Psychoanalytiker und Wegweiser der Identitätsforschung nach dem Zweiten Weltkrieg, Erik H. Erikson, indem er in dem Begriff Identität eine wechselseitige Beziehung ausgedrückt sah, die „sowohl ein dauerndes internes Sich-Selbst-Gleichsein

wie ein dauerndes Teilhaben an bestimmten gruppenspezifischen Charakterzügen umfasst“ (Erikson 1981, 124). Kollektive oder Wir-Identität existiert folglich „nicht außerhalb der Individuen, die dieses ‚Wir‘ konstituieren und tragen. Sie ist eine Sache individuellen Wissens und Bewusstseins“ (Assmann 2000, 131).

Auf Europa übertragen bedeutet dieser Konsens der Identitätstheorie, dass eine europäische Identität dann existiert, wenn Europa in den „Wir-Schichten“ (Elias 1987) der Individuen zu identifizieren ist. An realpolitischem Gewicht gewinnt eine solche europäische Identität allerdings erst dann, wenn sich ihr eine hinreichend große Zahl von Individuen verpflichtet fühlt. Erst wenn sich in ihr tatsächlich eine repräsentative Mehrheit der Mitglieder des Kollektivs wieder findet und diese Mehrheit auch das soziale Gefüge des Kollektivs abbildet, stellt sie nicht mehr allein eine „kollektive Identität“ dar, sondern eine dem Gedanken einer europäischen „Gemeinschaft“ verpflichtete „Identität des Kollektivs“. Zu fragen ist demnach in einer Analyse gegenwärtiger europäischer Identität, inwieweit der Europagedanke in der Bevölkerung verankert ist und ob diese Verankerung in allen sozialen Schichten gleichermaßen stark ausgeprägt ist, oder ob es sich bei Europa stattdessen um ein Elitenprojekt ohne maßgebliche Breitenwirkung handelt. Zu thematisieren ist folglich, inwieweit Europa in alltäglichen Wirkungskontexten verankert ist, um von den Bürgern aller sozialen Schichten überhaupt als Teil ihrer Realität wahrgenommen werden zu können.

Den Grad der Verankerung Europas in der Bevölkerung messen zu wollen, meint immer nur Näherungswerte erzielen zu können. Identität zielt ab auf die Erstellung einer sinnhaft geglaubten Interpretation des Selbst, wobei diese Sinnhaftigkeit der Selbstdefinition tagtäglich auf dem Prüfstand steht. Welche Ergebnisse dieser Akt des „meaning making“ (Fuhrer 2004) zeitigt, ist demnach individuell sehr verschieden und auch die Einbettung eines europäischen Momentes in dieses individuelle Sinnkonstrukt fällt höchst unterschiedlich aus. Notwendig jedoch ist, zumindest zwischen Bewusstsein als – in diesem Fall – „reflexives Wissen um die Zugehörigkeit zu (...) Europa“ einerseits und Identität als „Elemente des Selbstbildes“ (Wakenhut 1999, 252) andererseits zu unterscheiden.

Leitfrage: Die Leitfrage personaler Selbstbestimmung „Wer bin ich?“ ist für kollektive Identitäten entsprechend als „Wer sind wir?“ zu formulieren. Bezug nehmend auf eine europäische Identität drängt sich damit nicht nur abermals die Frage nach ihren Trägern auf, also ob Europa überhaupt und wenn ja von wem als „Wir“ begriffen wird. Vielmehr rückt mit der Bestimmung des „Wir“ zugleich das Verhältnis von Nation und Transnationalität in den Vordergrund.

Die Europäische Union (EU) lebt in ihrer Eigenheit als Mehrebenensystem (z.B. Benz 2003) im Spannungsfeld von Nation, Supranationalität und Region. Entsprechend bilden auch europäische Identitätskonstruktionen diese Trias ab. Regionale, nationale und europäische Identitäten stehen in einem Spannungsfeld, da europäische Regionen als „chamäleonartige Gebilde“ (Komlosy/Lehners 1997, 51) und Nationen als „imagined community“ (Anderson 1988) ebenso wie die Idee Europa eigener Identitäten bedürfen, um durch derartige affektive Zustimmungsakte ihrer Bürger Legitimität jenseits von tagaktuellen Notwendigkeiten zu erlangen.

Für eine europäische Identität stellt es angesichts dieses identitären Legitimationszwanges eine besondere Herausforderung dar, dass Identitätsarbeit nur alteritär in Auseinandersetzung mit der Umwelt zu denken ist (z.B. Festinger 1954). Nicht nur sieht sich Europa damit dem Zwang ausgesetzt, sich als Kollektiv in der Welt (-politik) positionieren zu müssen. Gleichzeitig muss es auch im Inneren einen Ausgleich nachzuholen versuchen,

der in historisch gewachsenen Identitäten über Jahrhunderte hinweg erzielt wurde. Für die nationalen Identitäten in Europa stellen sich die anderen (europäischen) Nationen als eben diese Anderen dar, welche als „Ökologie des Selbst“ (Hormuth 1990) für die Ausgestaltung des eigenen Selbstverständnisses unverzichtbar sind. Gleichzeitig aber wird um eine europäische Identität gerungen, welche diese sich voneinander abgrenzenden Nationen europäisch zu inkludieren sucht. Eine europäische Identität ist damit stets dem Anspruch ausgesetzt, einen Ausgleich zwischen Strategien der Exklusion einerseits wie der Inklusion (Luhmann 1995, Hall/du Gay 1996) andererseits herzustellen und aus wechselseitigen „outgroups“ eine gemeinsame „ingroup“ (Allport 1954) zu formen.

Individuen bringen ihre multiplen Identitäten – etwa regionaler, nationaler und europäischer Art – in unterschiedlichen Kontexten zum Ausdruck. Versuche der Etablierung einer europäischen Identität sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, den Europagedanken so verankern zu müssen, dass er bestehenden nationalen und regionalen Selbstverständnissen nicht entgegensteht oder diese gar konfrontativ herausfordert. Vielmehr müssen sich regionale, nationale und europäische Identitätsvorstellungen letztlich sinnvoll ergänzen, um im Sinne multipler Identitäten gleichzeitig wirken zu können.

Funktion: Identität als „die Beantwortung der Frage nach dem Selbstverständnis soll (...) Prinzipien der Orientierung des zukünftigen Handelns und der Interpretation vergangenen Verhaltens bereitstellen“ (Roughley 1996, 247). Die identitäre Standortbestimmung steht damit ganz im Zeichen der konstruktiven Verknüpfung aller drei Zeitebenen, die sich in normativen Fragestellungen konkretisiert:

- Entspricht die Gegenwart dem, was ich bin und will?
- Welche Lehren aus meiner Erfahrung/Geschichte sind es, die mir helfen, die Gegenwart zu analysieren, mich auf die Zukunft vorzubereiten?
- Wohin will ich? Bin ich für die Zukunft gerüstet?

Auch ein europäisches Selbstverständnis muss dieser Zeitentrias Folge leisten, möchte sie dem Anspruch von Identität, Orientierung zu vermitteln, gerecht werden. Europa kann sich selbst weder allein aus der Historie heraus definieren, noch sich lediglich in Zukunftsvisionen erschöpfen. Vielmehr muss eine europäische Identität aus der Geschichte erklären können, warum Europa in der Gegenwart ist, wie es ist, und diese Entwicklungslinie in eine Zukunftsperspektive münden lassen.

Da solche Fragestellungen eng an Kontexte und Rahmenumstände gebunden sind, stellt auch „das Sein (...) keine kontinuierliche selbstidentische Einheit [dar]. Das Sein wird“ (Friese 1998, 29). Identität bezeichnet demnach kein Ergebnis, kennt kein Ende und offenbart sich im Handeln der Personen (Straub 1998, 95). Für eine europäische Identität trifft damit zu, dass sie nicht statisch zu denken ist, sondern sich prozesshaft ausbildet, ohne dass dieses Werden jemals zu einem Abschluss kommen könnte. Auch aktuelle Vorstellungen europäischer Identität sind nicht zu lösen von einem europäischen Selbstverständnis, dessen Ursprünge bis in das Mittelalter zurückreichen (z.B. Le Goff 2004) und das seine jüngste, bis heute Wirksamkeit entfaltende Prägung nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr. Eine europäische Identität muss fähig sein, Kontinuität und Anpassungsfähigkeit in Balance zu halten.

Konstruktion: Ein derartiges „Europa“ konstruiert sich nicht selbst, sondern wird parallel zur narrativen Konstruktion personaler Identität diskursiv zwischen den Gruppenmitgliedern ausgehandelt (z.B. Wodak/Puntscher Riekman 2003). Ein solcher Diskurs

bedingt Akteure unterschiedlicher Provenienz (Wissenschaft, Gesellschaft, Politik), welche durch Sprache und Symbolsetzung um die Ausgestaltung eines europäischen Selbstverständnisses ringen. Auch wenn ihre inhaltlich differierende Artikulation unterschiedlich motiviert ist und verschiedenartige Ziele verfolgt, der Diskurs damit als Ausdruck sozialen Handelns und sozialer Wirklichkeit einerseits als auch Organisationsprinzip gesellschaftlichen Handelns andererseits erscheint (Foucault 1971), müssen sie sich doch in dem Ziel einig sein, eine europäische Identität etablieren zu wollen. Die Aussagen dieser Elite sind dabei nicht zwangsläufig als Ausdruck eines solchen europäischen Selbstverständnisses zu werten, da Identitätsdiskurse auch der politischen Instrumentalisierung im Sinne von Identitätspolitik (z.B. Taylor 1989, Kreckel 1994, Hoover 1997, Fossum 2001) offen stehen. Allerdings ebnen sie ihr den Weg und sind angesichts der Tatsache, dass jede kollektive Identität ihrer kulturellen Träger und Mittler bedarf, unverzichtbar.

Damit diese diskursive Aushandlung einer Identität des Kollektivs Europa überhaupt stattfinden kann, bedarf es nicht nur nationaler Öffentlichkeiten zu Europa, sondern vor allem einer tatsächlich europäischen Öffentlichkeit (z.B. Requate/Wessel 2002, Franziskus/Preuß 2004). Ein europäisches Selbstverständnis ist nur als gesamteuropäische Identitätsarbeit vorzustellen. Hierfür müssen in einem kontinuierlichen Diskurszusammenhang Standpunkte über Grenzen hinweg ausgetauscht, abgewogen und (möglicherweise) einem Konsens zugeführt werden. Nur durch diese Transnationalisierung europäischer Diskurse erscheint es möglich, Europa nachhaltig im Selbstverständnis der Bürger zur Geltung zu bringen.

Mit der nachfolgenden Analyse des aktuellen Ringens um ein europäisches Selbstverständnis, welche diese Herausforderungen zum Maßstab nimmt, lassen sich Defizite der gegenwärtigen realpolitischen Ausformung europäischer Identität aufzeigen. Gleichzeitig ist es möglich, die konkreten Bemühungen um eine Stärkung des Europagedankens von Seiten der Politik wie aus Reihen der Gesellschaft einer Bewertung zu unterziehen. Besondere Beachtung wird allerdings den Beiträgen von Jürgen Habermas und Jacques Derrida vom 31. Mai 2003 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der „Libération“ sowie dem in führenden Tageszeitungen der 25 EU-Staaten veröffentlichten offenen Brief von Ulrich Beck und Anthony Giddens vom 1. Oktober 2005 gezollt. Durch die jeweilige gleichzeitige Veröffentlichung in mehreren europäischen Ländern waren sie besonders öffentlichkeitswirksam. In der abschließenden Synopse werden die erzielten Ergebnisse nicht nur zu bündeln und Akteure sowie ihre Vorstellungen europäischer Identität zu kategorisieren versucht. Vielmehr werden aus den identifizierten Defiziten gegenwärtiger europäischer Identität auch konkrete Handlungsempfehlungen an die europäische Politik destilliert.

A) Europa der Bürger

„Tragen Sie dazu bei, dass Europa erlebbar wird für die Bürgerinnen und Bürger in unseren Ländern“ (Bulletin der Bundesregierung, v. 05.04.2001). Mit dieser Aufforderung schloss Bundespräsident Johannes Rau seine Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 4. April 2001 und griff damit das Paradoxon auf, dass Europa für seine Bürger seit Jahrzehnten „immer konkreter“ und „immer greifbarer“ wird, „weil es sie immer unmittelbarer betrifft“, das Gefühl, Europäer zu sein, dabei aber häufig diffus bleibt. Eine Antwort auf die Frage, inwieweit eine Verankerung des Europagedankens in der Bevölkerung bis dato gelungen ist, zielt daher nicht nur auf eine analytische Differenzierung von europäischer Identität und Europabewusstsein. Vielmehr muss sie darlegen, wie die zunehmende Konkretisierung Europas von den Bürgern tatsächlich wahrgenommen wird und welche Erfolge die Bemühungen der Politik zeitigen, Europa für die Menschen erfahrbar zu machen.

Einstellungen

Der Analyse zu Grunde gelegt werden können Ergebnisse der Eurobarometer-Umfragen, welche seit 1974 im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt werden. Ihre Längsschnitterhebungen offenbaren, dass die Einstellungen der Bevölkerung zu Europa und der Europäischen Union über die vergangenen drei Jahrzehnte hinweg große Kontinuität aufweisen:

- Die Einschätzung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes wurde EG-weit im September 1973 (EG9) von 56 % der Befragten als „eine gute Sache“ angesehen. Beinahe die gleichen Ergebnisse ergab auch eine der jüngsten Umfragen, durchgeführt im Frühjahr 2005. Demnach bewerteten nunmehr EU-weit (EU25) 54 % die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU positiv. Zieht man zum Vergleich die 2005 erzielten Umfrageergebnisse nur der bereits 1973 der EG angehörenden Staaten heran, ergibt sich im Mittel eine positive Bewertung der Mitgliedschaft von 62 % der Befragten, also ein um lediglich sechs Prozentpunkte höherer Wert als 1973 (Eurobarometer 63/2005, S. 93).
- Mit Quizfragen versucht das Eurobarometer herauszufinden, welches Wissen die Bürger über die EU besitzen. Die Fragen belegen: Das bekannteste Symbol der Union ist ihre Flagge. Sie wurde 2004 (EU15) von 81 % der Bürger richtig erkannt (Eurobarometer 61/2004; 1986 – EG12 –: 39 %, Eurobarometer 26/1986). Dass die EU ihre eigene Hymne hat, wissen dagegen gegenwärtig nur 37 % der Befragten und auch der Europatag ist nur 34 % der Bürger bekannt (Eurobarometer 61/2004). Doch auch Grundkenntnisse zur EU sind nicht selbstverständlich: So konnten die korrekte Zahl der Mitgliedsstaaten im Frühjahr 2004 (EU15) 33 % und 2005 (EU25) 31 % der Befragten nicht benennen und dass die Mitglieder des Europäischen Parlamentes direkt von den Bürgern gewählt werden, wussten 2005 lediglich 50 % der Befragten. Auffällig ist, dass im Herbst 2004, also nur wenige Monate nach der Wahl vom 13. Juni, dieser Wert kurzzeitig auf 58 % angestiegen war. Bereits ein Jahr nach der Wahl konnten sich aber nur noch 29 % der Befragten daran erinnern, dass 2004 überhaupt eine Wahl stattgefunden hatte (Eurobarometer 61/2004 und 63/2005). Ihr (Nicht-) Wissen über die EU beziehen die Bürger hauptsächlich aus dem Fernsehen, wobei 66 % der sich selbst als gut informiert einschätzenden Bürger die Tageszeitung als weitere Informationsquelle bezeichnen, während dies nur 26 % der Bürger angeben, welche sich fast oder gar nicht informiert fühlen (Eurobarometer 63/2005).

- 1982 zu Beginn der forcierten identitätspolitischen Bemühungen der EG, fragte das Eurobarometer erstmals danach, ob den Befragten bewusst sei, dass sie Bürger Europas seien. Damals erklärten 16 % der Bürger EG-weit (EG10), dass sie sich „häufig“ als Bürger Europas fühlten, 37 % gaben als Antwort „manchmal“ an und 43 % „nie“ (Eurobarometer 17/1982). Zwanzig Jahre später, im Frühjahr 2000 (EU15), antworteten auf die Frage, wie sie sich in naher Zukunft sehen würden, 4 % der Befragten, dass sie sich exklusiv als Europäer betrachten würden, 8 % Prozent als „Europäer und Nationalität“, 45 % als „Nationalität und Europäer“ sowie 41 % lediglich als Angehörige ihrer Nation (Eurobarometer 53/2000). Wenn auch die Fragestellungen nicht identisch sind, kann doch eine Kontinuität des Gefühls der Zugehörigkeit zu Europa konstatiert werden. Kongruent zu diesem Ergebnis ist, dass im Jahr 2000 in allen Mitgliedsstaaten mit 83 % die überragende Mehrheit der Bürger erklärten, „sehr stolz oder ziemlich stolz“ auf ihre Nationalität zu sein, wobei das Ergebnis ohne das Schlusslicht und den Sonderfall Deutschland (68 %) sogar 88 % betragen hätte. Der von den Bürgern bekundete Nationalstolz hat sich seit 1990 (EU12: 70 %) erheblich vergrößert, wobei vor allem in Deutschland (1990: 45 %) ein neues Nationalgefühl entstanden ist. So rangiert Europa auch noch 2005 an letzter Stelle, wenn nach der Stärke des Verbundenheitsgefühls der Bürger mit unterschiedlichen Raumbezügen (Nationalstaat: 91 %, Region: 87 %, Dorf/Stadt: 87 %, Europa: 66%) gefragt wird.
- Bei den Werten und Assoziationen, welche die Befragten mit Europa verbinden, ist Kontinuität bei gleichzeitiger Akzentverschiebung auszumachen: Das Stichwort „Frieden“ wurde 1987 von 41 % der Personen angeführt, 1990 sogar von 47 % und gegenwärtig von 37 %. Ebenso wurden demokratische Werte als Europa einigendes Band 1987 von 20 %, 1990 von 38 % und 2005 wieder lediglich von 24 % der Befragten genannt. Die wichtigsten Assoziationen stellen aktuell die Reisefreiheit und Freiheit der Arbeitsplatzwahl (52 %), gefolgt vom Euro (37 %) dar. Gerade in solchen – vorgegebenen und auszuwählenden – Assoziationen wird aber auch die Grenze derartiger Meinungsumfragen offen gelegt. So wird in Deutschland und Österreich die Arbeitsplatzfreiheit oftmals auch als Bedrohung für die heimische Wirtschaft gesehen. Diese negativen Verbindungen mit Europa aber verhelfen dem Stichwort ebenso zu 52 % der Nennungen wie Personen, welche die Freiheiten positiv deuten. Gleiches gilt für das Stichwort „Euro“.

Diese Daten belegen, dass ein europäisches Bewusstsein zwar durchaus zu konstatieren ist, wenn auch angesichts der starken Heterogenität innerhalb der Mitgliedsstaaten hinsichtlich der emotionalen Bindung an Europa und die EU von einer gleichmäßigen Verankerung Europas in den Köpfen aller Bürger Europas bis heute keine Rede sein kann. Das reflexive Wissen um die Zugehörigkeit zu Europa ist sehr ausgeprägt. Ein affektives Verbundenheitsgefühl mit Europa sowie eine als kognitiv zu charakterisierende europäische (Selbst-) Reflexion und Problemlösungsorientierung, welche gemeinsam eine europäische Identität kennzeichnen, sind dagegen bei der Mehrheit der Bürger nur schwach ausgeprägt. Der Wert von über 50 % von Bürgern, welche sich kontinuierlich in gewissem Maße „europäisch“ fühlen, darf nicht täuschen. Es scheint dies „ein Lippenbekenntnis“ zu sein, das nicht notwendigerweise auf eine bereits etablierte europäische Identität hinweist (Dürr 2005, 19).

Für die Bevölkerung gilt 1989 wie heute, dass „Europa' und der weitere Aufbau Europas (...) eher hingenommen, akzeptiert bzw. wohlwollend beurteilt als unterstützt, gefordert, nachdrücklich verlangt oder aktiv vorangetrieben“ wird (Eurobarometer 32/1989). Der EU wird von den Bürgern ein materieller Mehrwert zum Nationalstaat zuerkannt, kaum jedoch ein emotionaler. Die politische Gemeinschaft ist in den Augen der Bürger eine Zweckgemeinschaft, die aufgrund ihrer konkreten alltäglichen Vorteile akzeptiert,

aber nicht geliebt wird. Hierfür spricht, dass viele Personen zwischen Europa und EU zu trennen wissen und Europa ein weitaus positiveres Image genießt als die Union. Hier greift das Paradoxon, dass die nationalen Regierungen für erhebliche Teile der politischen Entscheidungen in der EU verantwortlich sind, Politiker aber „ein Großteil der Kritik an den Folgen ihrer Entscheidungen auf die EU und ihre Institutionen“ abwälzen: „Dass viele Bürger diese Fehlinterpretation in ihrer Wahrnehmung übernehmen, erschwert die Situation zusätzlich“ (Kühnhardt 2005, 4).

Während die Meinungsumfragen die „perzipierte Ohnmacht der Wahlberechtigten“ (Gellner/Glatzmeier 2005, 8) in Zahlen zu fassen vermögen, ist die EU gleichzeitig der Liebling der Eliten. Sie unterstützen das „Projekt Europa“ mehrheitlich und versuchen es punktuell voranzutreiben. In den öffentlichen Debatten um eine europäische Identität treten sie jedoch keinesfalls geschlossen auf (vgl. das Kapitel „Europa der Öffentlichkeit“).

Politik

Die Einsicht, Europa affektiv in den Köpfen der Bevölkerung verankern zu müssen, reifte angesichts eines wachsenden Reformdrucks (Weidenfeld 2000) innerhalb der EU seit Beginn der 80er Jahre. Sie wurde getragen von der Einsicht, „that the Community should respond to the expectations of the people of Europe by adopting measures to strengthen and promote its identity and its image both for its citizens and for the rest of the world“ (Fontainebleau European Council, 25-26/06/1984. Conclusions of the Presidency, Bulletin of the European Communities. June 1984, No. 6). Zwar setzte das Gipfeltreffen von Mailand 1985 nicht alle Vorschläge um, welche ein Ausschuss für das „Europa der Bürger“ unter Leitung von Pietro Adonnino erarbeitet hatte (Adonnino 1985). Die „Nähe zum Bürger“ gehört jedoch seit dieser Zeit zum festen Standardrepertoire des Identitätsangebotes der europäischen Union. Die Präambel des Vertrages von Maastricht (1992) betonte etwa die im Konzept eines Europas der Bürger bereits formulierte Notwendigkeit möglichst bürgernaher Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip, womit zugleich dem Konzept eines „Europas der Regionen“ Profil verliehen wurde. Nach Innen sollte die Identifikationsmöglichkeiten mit der neuen Union durch die Einführung einer gemeinsamen Unionsbürgerschaft sowie die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion gestärkt werden (z.B. Pfetsch 2005). Beobachter dieses Prozesses kritisierten die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Der tschechische Staatspräsident Václav Havel unterstrich am 8. März 1994 vor dem Europäischen Parlament, dass „eine Lektüre des Maastrichter Vertrags (...) der Europäischen Union gleichwohl kaum wirklich begeisterte Anhänger verschaffen“ (Europa Union 1995) dürfte.

Trotz vereinzelter punktueller Initiativen im Sinne Havels – beispielsweise die Erweiterung des Petitionsrechtes der Bürger 1987 – müssen die 90er Jahre als eine Phase der gedrosselten Bemühungen Brüssels um die Etablierung einer europäischen Identität in der Bevölkerung charakterisiert werden und dies, obwohl gleichzeitig die national geführten Debatten um ein europäisches Selbstverständnis an Dynamik gewannen und die EU von den nationalen Medien immer kritischer beurteilt wurde (vgl. z.B. FAZ-Korrespondent Michael Stabenow im Interview mit europa-digital vom 1.10.2004).

Im Mai 2000 beschloss die Europäische Kommission, den Erweiterungsprozess mit einer spezifischen Kommunikationsstrategie zu begleiten. Zahlreiche Projekte der Medien wie der Zivilgesellschaft, welche über die Erweiterung informierten, wurden in der Folge gefördert. Zahllose Vorhaben fanden ferner mit Hilfe von Mitteln der Strukturförderung in Gebieten der Euregios – vor allem entlang des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ - statt. Höhepunkt dieser den Erweiterungsprozess begleitenden Initiative stellte schließ-

lich die am 9. Juli 2004 initiierte Aktion „1000 Diskussionen über Europa“ dar, in der die Vertreter des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Ausschusses der Regionen nochmals an alle politisch Verantwortlichen auf europäischer, nationaler, regional und lokaler Ebene appellierten, den Bürgern die Verfassung vorzustellen und zu erläutern.

Neben dem Schwerpunkt Erweiterung konzentrierte sich die EU gleichzeitig in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf die generelle Frage nach der Zukunft Europas. Angesichts der Kritik, dass das Maß supranationaler Integration zwar niemals größer war als im beginnenden 21. Jahrhundert, gleichzeitig sich aber auch „die Idee Europa, die Vorstellung von der gemeinsamen Zukunft, nie diffuser und in der Öffentlichkeit umstrittener“ (Weidenfeld 2001b, 21) gestaltete, beschlossen die Staats- und Regierungschefs mit dem Europäischen Rat von Nizza am 11. Dezember 2000 „die Aufnahme einer eingehenderen und breiter angelegten Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union“ mit dem Ziel, „die demokratische Legitimation und die Transparenz der Union und ihrer Organe“ zu verbessern und dauerhaft zu sichern, „um diese den Bürgern der Mitgliedstaaten näher zu bringen“ (Erklärung zur Zukunft der Union, Erklärung Nr. 23 der Schlussakte zum Vertrag von Nizza). Im Mittelpunkt der entsprechenden Initiativen „Dialog über Europa“ und – ab März 2001 – „Zukunft der Europäischen Union“ stand das Internet als Informations- wie Diskussionsforum, gefördert wurden jedoch auch Veranstaltungen zwischen Bürgern und Politikern.

Beide Aktionsstränge der Öffentlichkeitsarbeit der EU zielten darauf ab, Europa dem Bürger durch einen Mix aus Information und Diskussion für den Verfassungsvertrag zu begeistern und so die Identitätsfolie EU zu stärken. Zwar bewirkte in der Folgezeit eines der wichtigsten Projekte der EU-Integration, von dem eine große identitätsstiftende Kraft erwartet worden war, nämlich die Einführung der gemeinsamen Währung als Bargeld (Euro) zum 1. Januar 2002, nicht die erhoffte emotionale Mobilisierung zugunsten der EU (Aderhold/Scholz 2002). Die Erwartungen, die sich an eine künftige europäische Verfassung auch aus identitätspolitischer Perspektive richten, wurden hierdurch jedoch nicht getrübt, sondern im Gegenteil weiter angefacht. Umso ernüchternder fielen Reaktionen wie des Luxemburgischen Premierministers und EU-Ratsvorsitzenden Jean-Claude Juncker auf die gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden aus: „Heute Abend hat Europa aufgehört, die Menschen zum Träumen zu inspirieren“ (Die Welt v. 02.06.2005, Deutliches Nein).

Getragen von der Einsicht, dass die Überzeugungsarbeit und damit Öffentlichkeitsarbeit der Union in den vorausgegangenen Jahren weitestgehend misslungen ist, verständigten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Brüssel am 16./17. Juni 2005 auf eine „Reflexionsphase“, die dazu genutzt werden sollte, in den Bevölkerungen eine breite Debatte über die EU anzustoßen. Daraufhin beschloss am 22. Juli 2005 die Kommission einen Aktionsplan zur Verbesserung der Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa, der „die konkrete und pragmatische Umsetzung unserer politischen Priorität“ darstellt, „mit den Bürgern der Europäischen Union in einen Dialog zu treten“ (Margot Wallström, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission). Zwei Monate später, am 20. September 2005, folgte der so genannte „Plan D“, welcher als Ausgangspunkt für eine „breitere Debatte über das Verhältnis zwischen den demokratischen Institutionen der EU und den Bürgern“ dienen und „einen neuen Konsens über das europäische Projekt hervorbringen“ soll (Bauer/Metz/Seeger 2005).

Die Betonung Wallströms, dass die EU mit den Bürgern in einen Dialog „treten“ wolle, dieser Dialog also zuvor nicht existiert habe, ist das Eingeständnis des Versagens der bisher verfolgten Strategie. Kernidee des „Plan D“ (D steht für Diskussion und Dialog) ist, dass die Mitgliedsstaaten kurzfristig nationale Debatten über die Zukunft Europas initiieren und über mittel- bis langfristig konkrete Maßnahmen den gewünschten Dialog herstellen sollen. Die Möglichkeit eines Europäischen Bürgerbegehrens etwa soll helfen, NGO's oder die europäischen Parteien zur gesamteuropäischen Mobilisierung zu zwingen und den Bürgern die Union bei persönlicher Mitwirkung erlebbar zu machen. Welche der insgesamt 13 aufgelisteten Maßnahmen jedoch tatsächlich einmal umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. Schon die im Plan D anberaumten nationalen Debatten zur Zukunft Europas fanden kaum statt und wurden nicht selten – wie in Großbritannien, dass nach Ende seiner Ratspräsidentschaft eine nationale statt europäische Identitätsoffensive startete – konterkariert. Auch der im Januar 2006 in Salzburg stattfindenden Konferenz „Sound of Europe“ mangelte es daran, dass die Bürger kaum zu Wort kamen.

Die EU bemüht sich seit über 20 Jahren, eine europäische Identität in breiten Bevölkerungskreisen zu stärken. Dass sie bislang trotzdem kaum erfolgreich war, ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil das „Europa der Bürger“ längst zum zentralen Begründungsmotiv unzähliger nationaler oder grenzüberschreitender zivilgesellschaftlicher Initiativen geworden ist und sich gleichfalls in Reden nationalstaatlicher und regionaler Akteure wieder findet.

Gesellschaft

Die intellektuelle Elite unterstützt zwar solche Beschwörungsformeln wohlwollend. In ihren eigenen Konzepten einer europäischen Identität spielt das „Europa der Bürger“ dagegen oft nur eine untergeordnete Rolle. Vorstöße der intellektuellen Elite wie die Initiative von Jürgen Habermas und Jacques Derrida fordern zwar einerseits die Stärkung des europäischen Diskurses (vgl. das Kapitel Europa der Öffentlichkeit), nehmen mit dem Postulat, diesen „von unten“ zu initiieren, allerdings andererseits vornehmlich die Eliten in der Pflicht: „Wenn das Thema bisher nicht einmal auf die Agenda gelangt ist, haben wir Intellektuelle versagt“ (Habermas/Derrida 2003). Europa dem Bürger näher zu bringen, wird in diesem Verständnis weniger als Aufgabe der Politik, denn einer intellektuellen Elite begriffen.

Dieser intellektuellen Selbstkonzentration stehen Stimmen gegenüber, die über eine nur mangelhaft ausgeprägte Identifikation der Bürger mit Europa klagen und über konkrete bürgernahe Lösungsvorschläge nachdenken. Der britische Historiker Timothy Garton Ash schlägt eine Stärkung der europäischen Symbole vor, wobei ihm unter anderem die Einführung eines Textes zur europäischen Hymne vorschwebt (Ash 2005). Verfechter einer politischen Identität wie der italienische Philosoph Furio Cerruti kritisieren hingegen das demokratische Defizit der europäischen Union und plädieren für eine demokratische Öffentlichkeit, also die stärkere Beteiligung des Bürgers am politischen Europa (Cerruti/Rudolph 2001), und nehmen damit den Faden auf, den auch die am 28. Oktober 1995 angenommene „Charta der europäischen Identität“ der Europa-Union Deutschland in Antwort auf die Straßburger Rede Václav Havels von 1994 knüpfte, als sie Europa als eine Lebensgemeinschaft definierte, die dem Bürger die Möglichkeit geben müsse, „stärker am europäischen Einigungsprozess mitzuwirken“ (Europa-Union 1995).

Der französische Philosoph André Glucksmann klagt nicht über eine mangelhaft ausgeprägte europäische Identität der Bürger. Er sieht das Problem vielmehr im „intellektuellen Narzissmus“, der das bereits 1953 in Berlin einsetzende und damit längst lebendige

„emanzipatorische Aufbränden der europäischen Bürgergesellschaft“ nicht wahrhaben wolle: „Die europäische Identität, das ist dieser Wind der Freiheit, der zwischen Kiew und Tiflis noch nie so kräftig blies wie jetzt [orangene Revolution Ukraine]“ (Glucksmann 2005).

Bewertung

Obwohl das „Europa der Bürger“ inzwischen seinen zwanzigsten Geburtstag feiert, ist es bis heute nicht zur Reife gelangt. Das Problem ist erkannt, um eine Lösung wird gerungen. Allerdings vermag es die Europäische Union in ihrer Kommunikation eines europäischen Identitätsangebotes bislang nicht, signifikante Breitenwirksamkeit zu erlangen.

Die EU hat es versäumt, die nicht nur politische, sondern auch identitätsstiftende historische Chance der Jahre 1989/90 zu nutzen. Niemals fühlten sich die Bürger Europas mehr mit ihrem Kontinent verbunden, niemals zuvor konnte das europäische Identitätsangebot mehr Zustimmung für sich in Anspruch nehmen. Getragen von dieser Euphorie hätte die EU den Bürger nachhaltig für sich gewinnen können. Doch statt diesem „Moment der europäischen Erneuerung“ im Alltag der Menschen Raum zu schaffen, verzichtete die Politik gerade in den 90er Jahren auf eine offensive Vermarktung ihrer selbst. Der in den letzten drei Jahren forcierten Öffentlichkeitsarbeit ist es nicht möglich, aufzuarbeiten, was in zehn Jahren zuvor versäumt wurde. Das „window of opportunity“, Europa in der Bevölkerung erfahrbar zu machen und damit eine europäische Identität in der Breite zu stiften, ist längst wieder geschlossen und erscheint heute in vielerlei Hinsicht sogar fester verriegelt als zuvor.

Die Strategie der EU, Europa erlebbar zu machen, setzt im Wesentlichen auf Informationen wie Diskussionen im Internet oder vor Ort. Eine solche Vermittlung Europas durch Wort und Schrift wird aber immer nur eine kleine gesellschaftliche Schicht erreichen und dabei vornehmlich nur diejenigen mit Europa konfrontieren, die der EU ohnehin schon mit Offenheit begegnen. Ergebnis der Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinschaft ist damit, dass sie lediglich Anhänger Europas in ihrer Einstellung bestätigt, nicht aber Skeptische von Europa überzeugt. Wird es ihr auch künftig nicht gelingen, Europa zu emotionalisieren statt zu dozieren, wird dieses Europa aber weiter das Projekt der Eliten, nicht aber seiner Bürger bleiben.

Die Eliten stehen mehrheitlich hinter Europa, als Motor eines „Europas der Bürger“ aber können sie - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nicht verstanden werden. Stattdessen ist den meisten von ihnen vorzuwerfen, dass sie bislang in selbstreferentieller Lähmung verharren. Ihre Vorstellungen der Etablierung einer europäischen Identität nehmen mehr sich selbst denn die Bürger in den Blick. Die Intellektuellen reklamieren für sich eine zentrale Rolle im Ringen um ein europäisches Selbstverständnis und hadern zugleich damit, diesem eigenen Anspruch bis dato nicht gerecht zu werden. Die von Habermas/Derrida formulierte Einsicht in das „Versagen“ der Intellektuellen lässt tief blicken. Europa besitzt selbst in ihren Reihen zu wenig emotionale Kraft, um ein Engagement für Europa herauszufordern.

Tabelle 2: Übersicht „Europa der Bürger“

Herausforderung	Befund	Reaktion		Bewertung
		Akteur	Ausgewählte Initiativen und Einstellungen	
<ul style="list-style-type: none"> • Verankerung des Europagedankens in allen sozialen Schichten der Bevölkerung • Transformation europäischen Bewusstseins in eine europäische Identität • Etablierung Europas in alltäglichen Wirkungskontexten 	<ul style="list-style-type: none"> • Starke Heterogenität innerhalb der Mitgliedsstaaten hinsichtlich der emotionale Bindung an Europa und EU • Europa Liebling der Eliten • Ausgeprägtes Europabewusstsein, schwache europäische Identität • Europa in lebensweltlichen Kontexten kaum präsent 	EU	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Jahre (1983) • „Europa der Bürger“ (1984) • Adonnino-Bericht, Kulturhauptstädte, Symbolsetzung (1985) • Subsidiaritätsprinzip, Unionsbürgerschaft (1992) • Ausweitung Petitionsrecht (1997) • Öffentlichkeitsarbeit zur Begleitung Erweiterung (ab 2000) • „Dialog über Europa“ (2000) • „Zukunft der Europäischen Union“ (2001) • Einführung Euro als Bargeld (2002) • „1000 Diskussionen über Europa“ (2004) • Aktionsplan zur Verbesserung der Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa (2005) • „Plan D“ (2005) • „Sound of Europe“(2006) 	<ul style="list-style-type: none"> • Europa ist ein Projekt der Eliten, nicht der Bürger • Öffentlichkeitsarbeit der EU mangelt es an Breitenwirkung • Gesellschaftliche Elite verharrt in selbstreferentieller Lähmung
		Nationale politische Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Václav Havel: Forderung nach größerer Nähe Brüssels zu den Bürgern (1994) • „Europa der Bürger“ Standardformel politischer Reden 	
		Gesellschaft	Widerstreit zwischen Präferenz eines Elitendiskurses als Voraussetzung europäischer Identität (u.a. Habermas/ Derrida 2003; Muschg 2005) und Forderungen nach konkreten Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Identität der Bürger (Charta der Europäischen Identität 1995; Ash 2005, Cerruti 2003). Außerdem: Europa als bereits lebendige zivilgesellschaftliche Bewegung (Glucksmann 2005)	

B) Europa der Nationen und Regionen

Die Frage nach der Ausbalancierung des Spannungsfeldes multipler europäischer, nationaler und regionaler Identitäten begleitet die Überlegungen um ein europäisches Selbstverständnis seit ihren Anfängen und erscheint bis heute als nicht gelöst, wie etwa in den Ausführungen des französischen Premierministers Lionel Jospin zur „Zukunft des erweiterten Europas“ am 20. Mai 2001 in Paris zum Ausdruck kommt: „Ich bin Franzose. Ich fühle mich als Europäer. Ich wünsche mir ein Europa, das seine Identität bekräftigt, den Wünschen seiner Völker stärker Rechnung trägt und in der Welt ein Vorbild ist.“

Politik

Die nationale Bedingtheit des Europagedankens ist seit den 50er Jahren Grundprämisse des Nachdenkens um ein europäisches Bewusstsein, in den 80er Jahren lediglich ergänzt um die Formel eines „Europas der Regionen“. Eine Stärkung erfuhr dieser nationale Fokus mit der Überwindung der Ost-West-Konfrontation und dem Beitritt der ost- und mittelosteuropäischen Staaten, welche mehrheitlich einen traditionell ausgeprägten Nationalstolz pflegen (vgl. Spohn 2001, Brodský 2001, Pollack 2005, Kiss 2004).

In ihrem europäischen Identitätsangebot zollt die EU nationalen Befindlichkeiten Rechnung, wenn sie die Achtung der nationalen Identitäten der Mitgliedsstaaten formelhaft wiederholt und gleichzeitig die Einheit Europas wie anlässlich der Erweiterungsrunde vom 1. Mai 2004 („endgültige Überwindung der Spaltung Europas“; z.B. <http://www.europarl.de/>) beschwört. Zusammengefasst finden sich diese beiden Strategien in dem Motto „In Vielfalt geeint“, das die Staats- und Regierungschefs mit dem Verfassungsvertrag offiziell zum Wahlspruch der Union erhoben (Präambel).

„In Vielfalt geeint“ begegnet der in der Bevölkerung nur schwach ausgeprägten europäischen Identität bei gleichzeitig zu identifizierendem Europabewusstsein (vg. Kapitel Akteure), indem eben dieses Europabewusstsein zur Identität erklärt wird. Eine Auflösung des Spannungsfeldes europäischer, nationaler und regionaler Identitäten ist allerdings bislang nicht gelungen, wie beispielsweise die deutsch-französischen Unstimmigkeiten um die europäische Grundrechtecharta (Bossi 2001, 226), die erregte Debatte um die Aussage des US-amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld vom „alten Europa“ und dem nur wenige Tage später folgenden „Brief der Acht“ (Süddeutsche Zeitung v. 30.01.2003, „Unsere Stärke ist die Einigkeit“) oder auch die Reaktionen auf Joschka Fischers Rede an der Humboldt-Universität Berlin (Fischer 2000) bezeugen. Fischers Konzept eines „Gravitationszentrums“ als „Avantgarde“ und „Lokomotive für die Vollendung der politischen Integration“ stand im Widerspruch mit dem von der Union gepflegten Duktus der „gegenseitigen Solidarität“ aller Mitgliedsstaaten. Indem Fischer außerdem entgegen dem identitätspolitischen Sprachgebrauch der EU die Termini Europa und EU voneinander abgekoppelte, erkannte er die Deutungsmacht zu Fragen eines europäischen Selbstverständnisses gänzlich und ganz selbstverständlich dem Gravitationszentrum zu. Der Zentrum-Peripherie-Konflikt innerhalb der EU wurde damit auch auf die Formulierung ihrer ideellen Grundlagen übertragen.

Die Ausprägung des Wahlspruchs „In Vielfalt geeint“ wurde von der Europäischen Union mit dem Versuch begleitet, sich selbst die Deutungshoheit zu Europa zu sichern, indem sie die Gemeinschaft für sich als europäisches Identifikationsobjekt darstellte. Mit der gängigen Praxis, sprachlich kaum zwischen Europa und EU zu trennen, wird somit sowohl ein (macht-) politischer wie auch identitätspolitischer Anspruch formuliert: Was

Europa ist, bestimmt sich demnach nicht so sehr an der Partizipation an europäischen Werten, Traditionen und Realitäten, sondern vielmehr daran, *wer* Mitglied der EU ist. Allerdings ist diese Akzentuierung nur dann von Erfolg gekrönt, wenn die Europäische Union auch tatsächlich als legitime Repräsentantin des europäischen Selbstverständnisses nach Innen wie nach Außen wahrgenommen wird. Von einer solchen öffentlichen Wahrnehmung und vor allem auch der Akzeptanz der politischen Spitzen der Mitgliedsstaaten als legitimes *einziges* Sprachrohr Europas ist die EU aktuell weit entfernt.

Wer und was Europa ist, wird bis heute weniger in einem europäischen Diskurs ausgehandelt, sondern vielmehr in den einzelnen Mitgliedsstaaten in engem Sinnzusammenhang mit dem jeweiligen nationalen Selbstverständnis konstruiert; eine Feststellung, die angesichts der mit der EU-Erweiterung von 2004 eingetretenen größeren Heterogenität der nationalen und europäischen Selbstverständnisse innerhalb der EU umso mehr gilt. Auch auf europäischer Ebene beharren die politischen Spitzen der Regionen und Nationalstaaten darauf, im inhaltlichen Aushandlungsprozess eines europäischen Selbstverständnisses eigene regionale und nationale Akzente zu setzen. So lavieren britische Politiker zwischen nationalem Euroskeptizismus (Büchner 1994, Paterson/Jeffrey 1997, Schauer 1997) und europäischen Treuekundgebungen (vgl. z.B. Rede Tony Blairs am 6. Oktober 2000 in Warschau). Gerhard Schröder propagierte angesichts der umstrittenen Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich im Jahr 2000 die Wertegemeinschaft Europa in Abgrenzung zum Nachbarstaat vornehmlich deshalb, um die eigene nationale Identität zur Geltung zu bringen (Weigl/Colschen 2001, 92). Die EU-Regionen schließlich traten 1996 für die „Erhaltung und Entfaltung der lokalen und regionalen Traditionen und Identität“ ein und wandten sich entschieden gegen Formen „kultureller Gleichmacherei in Europa“ (Stellungnahme des AdR vom 17.11.2004 zum Verfassungsvertrag).

Der Verfassungsvertrag ist demnach nicht nur als Instrument zu sehen, die politische Gemeinschaft institutionell fit zu machen für das 21. Jahrhundert (Weidenfeld 2005). Vielmehr verbindet Brüssel hiermit auch die Hoffnung, wieder an Gestaltungskraft zu gewinnen und eine europäische Identität im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten stärken zu können. Die Verfassung wäre damit selbst, allein durch ihre Existenz, Quelle der Legitimation der EU und ihres Identitätsangebotes als in Vielfalt geeinte Wertegemeinschaft. Ob die Verfassung eine solche Legitimierungskraft, wie sie etwa auch das Grundgesetz für die nationale Identität Deutschland im Sinne eines Verfassungspatriotismus entwickelt hat (Sternberger 1979, Habermas 1992), nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und in den Niederlanden allerdings jemals – auch bei letztlich doch erfolgter Annahme – entfalten würde, ist fraglich. In Reaktionen von europäischen Spitzenpolitikern auf die Referenden, beispielsweise des Vize-Präsidenten der Europäische Kommission Günter Verheugen, ist die Ernüchterung greifbar: „Weder sind die Völker Europas bereit, ihre nationale Identität aufzugeben, noch ist das überhaupt wünschenswert. (...) Es gibt keine rein europäische Identität des einzelnen“ (Rede von Günter Verheugen an der Humboldt Universität Berlin, 30.06.2005).

Statt wie in der Verfassung den Anspruch zu erheben, die EU sei Brennpunkt der Formulierung eines europäischen Selbstverständnisses, wird diese Kompetenz von Verheugen wieder an die Nationalstaaten zurückgegeben: „Man kann die Verteidigung der europäischen Idee nicht den paar Europainstitutionen und den Mitgliedern der Kommission überlassen. Das ist eine nationale Aufgabe, und sie muss ernst genommen werden“ (ebd.). Zumindest mit Blick auf die Etablierung eines europäischen Selbstverständnisses

durch die Politik kann konstatiert werden, dass es scheinbar auch heute noch zutrifft, dass das Nationalstaatsprinzip wie nach dem Zweiten Weltkrieg „unerschütterlich seine Rechte“ (Schulze 1999, 70) behauptet.

Hinderlich wirken diese Beharrungskräfte des Nationalen aber nicht nur für die Definition des Selbst, sondern auch für die Frage, wer die „Anderen“ sind. Bis 1989 war dem von der politischen Gemeinschaft propagierten europäischen Selbstverständnis mit dem ideologischen Feind im Osten ein Abgrenzungsmoment konstitutiv, dessen Bekämpfung gleichzeitig politisches Programm bedeutete (Europa „zwischen Atlantik und Ural“, Gaulle 1971, S. 378). Die Positionierung Europas in der Welt war angesichts der Blockkonfrontation eindeutig, eine europäische Außenpolitik stand noch nicht auf der Agenda der Gemeinschaft. Entsprechend diffus blieben die entsprechenden Ausführungen in den folgenden Jahrzehnten. Doch auch mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, dem Ringen um eine Integration in der Außenpolitik und der letztendlichen Etablierung der GASP im Vertrag von Maastricht erhielt die Abgrenzung der EU nach Außen kaum Konturen, selbst wenn „die Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene“ (Titel I Art. B) nunmehr zum Zielkatalog der Union zählte.

Zur wesentlichen Reibungsfläche der EU schälten sich erst allmählich im Laufe der 90er Jahre die Vereinigten Staaten heraus. In der Außen- und Sicherheitspolitik wurde Washington zunehmend mit einem gewachsenen europäischen Selbstbewusstsein konfrontiert und in der Handelspolitik traten immer häufiger Konflikte auf. Der Irakkrieg schließlich verdeutlichte zwar, dass die EU noch weit von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entfernt ist. Gleichzeitig wurde aber deutlich, dass die USA nicht mehr blind auf die europäischen Staaten als Verbündete vertrauen konnten. Im Vertrag über eine Verfassung für Europa drückt sich diese neue weltpolitische Verortung der EU in einem ausdrücklichen Bekenntnis zu den eigenen Interessen aus (vgl. Art. I-3, Abs. 4).

Gesellschaft

Von gesellschaftlichen Akteuren wird die Frage, wie das Spannungsfeld zwischen regionalen, nationalen und europäischen Identitäten zu lösen ist, zumeist ebenso nebulös beantwortet wie von Seiten der Politik. Von diplomatischen Zwängen befreit kreist ihre Debatte aber pointierter um die Frage, ob überhaupt die Notwendigkeit einer globalen Neuverortung Europas von Nöten ist, um diesen Ausgleich innerhalb des Spannungsfeldes multipler Identitäten zu forcieren:

- Jürgen Habermas und Jacques Derrida (Habermas/Derrida 2003) unterstützen 2003 den bereits 1994 von Wolfgang Schäuble erstmals und 2000 von Joschka Fischer erneut in die Diskussion eingebrachten Gedanken eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“. Dass damit das propagierte Kerneuropa eine Dominanz in der Konstruktion europäischer Identität gegenüber den neuen Mitgliedsstaaten einnehmen würde, nahmen sie billigend in Kauf. Den Ausgleich multipler Identitäten schieben sie stattdessen – quasi nachholend – als Begleiterscheinung in dem von ihnen propagierten Aushandlungsprozess europäischer Identität „in der wilden Kakophonie einer vielstimmigen Öffentlichkeit“ einerseits und der betonten Notwendigkeit der Etablierung Europas als Widerpart zum „hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten“ andererseits zu begreifen (zur im Umfeld des Irak-Krieges geführten Diskussion um die Frage der Abgrenzung Europas von den USA vgl. Wodak/Puntscher Riekmann 2003).

- Gleichzeitig zum Vorstoß von Habermas und Derrida veröffentlichten Intellektuelle anderer europäischer Staaten in Zeitungen ihres Landes Stellungnahmen, welche das Konzept konkretisierten und ergänzten. So führte beispielsweise Umberto Eco aus, dass sich Europa „zum dritten Pol zwischen den Vereinigten Staaten und dem Orient“ aufschwingen müsse („La Repubblica“), wogegen Gianni Vattimo verdeutlichte, dass zwar „keine natürlichen Gründe oder solche mit ‚organisch‘-kulturellem Hintergrund (wie Sprache, Rasse, Boden, gleiche Religion)“ für eine Einheit sprechen würden. Allerdings sei es „etwas Besonderes“, Europäer zu sein, „eine Besonderheit, die Vorrang hat und grundlegender ist als die bloße Zugehörigkeit zur im Bau befindlichen Union“ („La Stampa“).
- Kritiker von Habermas/Derrida konstatierten, dass ein Projekt Kerneuropa den Befindlichkeiten Ost- und Mitteleuropas nicht gerecht werde (so z.B. Günter Grass im Spiegel v. 29.6.2003), sondern stattdessen weit davon entfernt sei, „die Auffassungen der anders denkenden Europäer, namentlich die unterschiedliche Weltsicht der Osteuropäer, auch nur ansatzweise verstehend nachzuvollziehen“ (Richard Herzinger, Der ratlose Kontinent, in: Die Zeit.de, 23/2003). In Worten fasste dieses Unverständnis in den Staaten Ost- und Mitteleuropas unter anderem der ungarische Literaturnobelpreisträger Imre Kertész: „Wie konnte es kommen, dass der irakische Diktator, dieser späte Schüler Hitlers und Stalins, im Verlauf von pazifistischen Massenerhebungen zu einer fast annehmbareren Figur für Europa wurde als der verfassungsgemäß alle vier Jahre neu wählbare bzw. ablösbare Präsident der USA?“ (Kertész 2003).

Hinter solchen Kommentaren verbirgt sich die Debatte, ob die offensive Abgrenzung von Anderen als Element der europäischen Identitätsbildung überhaupt zu wünschen sei. Der prominenteste Gegner solcher identitärer Exklusionsstrategien, der britische Historiker Timothy Garton Ash, bescheinigte Habermas und Derrida, einen „europäischen Nationalismus“ zu entwerfen (Ash 2005). Ganz ähnlich argumentiert auch der französische Philosoph André Glucksmann, in dessen Augen eine „Europa-Macht“, die der amerikanischen „Übermacht“ ein Ende setzen wolle, „nicht der Traum von einem europäischen Europa“ sei (Glucksmann 2005). Wie Ash lehnt er eine Strategie der offensiven Abgrenzung als Moment europäischer Identität ab und glaubt an dessen selbstreferentielle Kraft. Im Kern verweist er damit auf ein selbstbewusstes, aber zugleich bedächtiges Europa, für das Václav Havel bereits 1996 die Stimme erhob: „Die Aufgabe Europas besteht nicht und wird nicht mehr darin bestehen, die Welt zu beherrschen, seine Idee vom Wohlergehen und vom Guten dort zu verbreiten oder ihr seine Kultur aufzudrängen, ja noch einmal sie ihr großzügig bereitzustellen“ (Havel 1996). Die von Glucksmann dennoch geäußerte Kritik an der Außenpolitik Washingtons und die Ablehnung eines identitären Anderen Europas schließen sich in seinen Augen vor diesem Hintergrund eines von Innen heraus geschöpften europäischen Selbstbewusstseins nicht aus.

- Wie Habermas/Derrida betont auch der jüngste Vorstoß von Ulrich Beck und Anthony Giddens nach den Verfassungsreferenden in den Niederlanden und Frankreich, dass sich „wir Europäer“ darüber verständigen sollten, dass die Europäische Union „zu einem, wenn nicht dem wichtigsten Akteur auf der globalen Bühne im 21. Jahrhundert“ werden sollte. Der Verbündete USA ist damit zugleich Konkurrent (vgl. das Kapitel „Europa in Vergangenheit und Zukunft“). Nach Innen hingegen betonten Beck und Giddens – ähnlich wie das Duo Habermas/Derrida – die Einheit in der Vielfalt, welche sie als „kosmopolitisches Europa“ (vgl. auch Beck/Grande 2004) fassen.

- Darüber hinaus könnten zahlreiche europäische Einzelstimmen aufgeführt werden, die in der Vielfältigkeit der behandelten Aspekte eine „Kakophonie“ darstellen, zugleich aber mehrheitlich gemein haben, dass sie eine in jeder Hinsicht bestehende Vielfalt Europas zu untermauern suchen und die Nationen als unverzichtbar ansehen. Nur wenige Intellektuelle betonen dagegen wie Giovanni Reale (Reale 2004) oder Bassam Tibi die Notwendigkeit eines Europa einigenden Bandes mehr als seine Vielfalt. Tibi beispielsweise prognostiziert einen Verfall der Werte in Europa und führt dies auf einen „unverständlichen Selbsthass“ der Europäer zurück, der in einer Verleugnung der eigenen Werte münde. Um eine europäische kulturelle Moderne zu begründen, dürfe es aber keine beschädigten kulturellen Identitäten geben. Vielmehr müsste sich Europa im Sinne einer „europäischen Leitkultur“ auf einen für alle verbindlichen Normen- und Wertekatalog einigen (vgl. Tibi 2000).

Die überragende Mehrzahl solcher Stimmen verdeutlicht das ungelöste Problem einer europäischen Öffentlichkeit sowie das Spannungsfeld zwischen regionalen, nationalen und europäischen Identifikationsfolie. Nationale Debatten zu Europa, seinen Traditionen, Werten, Realitäten und Grenzen sind in allen europäischen Staaten – beispielsweise etwa in der Frage eines eventuellen türkischen EU-Beitritts (Gerhards 2004) – zu identifizieren, wobei hier Politik, Gesellschaft und Wissenschaft ineinander greifen und auf der Grundlage nationaler Dispositionen das eigene nationale Verhältnis zu Europa bestimmen versuchen. Da ihnen jedoch in der Regel nur geringe Relevanz für die Lebenssphäre der meisten EU-Bürger beizumessen ist, „darf eine breite identitätsstiftende Wirkung für die nationalen Bevölkerungen davon nicht erwartet werden“ (Gellner/Glatzmeier 2005, 12). Inwieweit sich in solchen Debatten zu Europa Gesellschaft und Politik in einem tatsächlichen Dialog befinden, sich also in der politischen Positionsbestimmung der nationale Diskurs wieder findet, müsste je nach Debatte und Mitgliedsstaat einer differenzierten Bewertung zugeführt werden. An der Notwendigkeit, die nationalen und regionalen Interessen in ihrem Identitätsangebot und ihrer Kommunikation desselben abzubilden, kommt die Konstruktion einer europäischen Identität allerdings angesichts dieser tiefen nationalen Verwurzelung von Europadiskursen auf absehbarer Zeit nicht vorbei: „National definitions and connotations of European identity vary, necessitating a careful observation of the political debate in each country and EU communication strategies that take into account national specifics and sensibilities“ (Brusis 2001, 203).

Bewertung

Eine europäische „Wir-Konstruktion“, die kompatibel ist mit den regionalen und nationalen Selbstverständnissen innerhalb Europas, bedingt ein konstitutives Miteinander dieser Ebenen. Die jeweils raumübergeordnete Identität wird dabei zwangsläufig unkonkreter konstruiert sein, da sie eine größere Vielfalt inkludieren muss. Gleichzeitig muss sie aber dem Anspruch gerecht werden, als Dach zu fungieren, unter dem sich die differenzierten Raumidentitäten mit ihren Sinnangeboten „unterstellen“ können. Im Falle Europas bedeutet das, dass die europäische Identität Schlagwörter des Selbstverständnisses artikulieren muss, welche durch die nationalen und regionalen Identitäten jeweils spezifisch mit Inhalt aufgeladen werden können.

Ein solches Identitätsangebot wird dem Wahlspruch „In Vielfalt geeint“ versucht zu geben. Allerdings stellt sich dieses Motto so unbestimmt dar, dass von einem europäischen Sinnangebot nur bedingt die Rede sein kann. Es fasst pragmatisch und floskelhaft den nicht vorhandenen Konsens über die Frage, was eine europäische Identität ist, in einem europäischen Identitätsangebot zusammen. Suggestiert es damit auch, die Lösung

für ein Problem zu kennen, das es im Kern nur beschreibt, vermag diese Konstruktion doch nur bedingt, Europa nachhaltig als Identitätsangebot zu etablieren, da es den nationalen Diskursen die Deutungsmacht zu Europa gewährt. Eine europäische Identität, die diese Deutungshoheit über sich aber nicht auch für sich reklamiert, sondern stattdessen – wie im „Plan D“ geschehen – sogar wieder zunehmend an die Nationalstaaten zurückgibt (vgl. das Kapitel „Europa der Bürger“), wird letztlich immer in die nationalen Selbstdefinition eingepasst und nicht umgekehrt. Im Spannungsfeld der Exklusion nationaler Identitäten und der Inklusion europäischer Identität wird die nationale Exklusionsstrategie die Oberhand gewinnen, was letztlich nichts anderes bedeutet, als dass nationale vor europäischen Interessen rangieren. Da die Bindung zu Europa in diesem Szenario national konstituiert ist, käme dies der Manifestierung der Dominanz des affektiven Nationalstaatsprinzips über ein nüchtern-pragmatisches Europabewusstsein für einen langen Zeitraum gleich.

Das Manko des europäischen Identitätsangebotes der Politik könnte auch dahingehend formuliert werden, dass es eine „Vielfalt in der Einheit“ betont, während es eine „Einheit in der Vielfalt“ konstruieren müsste (vgl. Weigl/Zöhner 2005). Die gleiche Kritik trifft aber auch auf die Identitätskonstruktion von Habermas/Derrida zu, die ein Kerneuropa propagieren. Eine europäische Identität, deren Deutungshoheit nur wenigen ausgewählten Staaten zukommt, ist nicht als solche zu begreifen. Solche Vorstellungen stehen einer „Inneren Einheit“ Europas, die sie eigentlich zu befördern gedenken, ebenso entgegen wie eine Vielfalt, deren einigendes Band lediglich aus Floskeln geknüpft ist. Die notwendige Auseinandersetzung und Abgrenzung von Anderen ist in den europäischen Identitätsangeboten Intellektueller dagegen weitaus konturvoller ausgeprägt als im europäischen Selbstverständnis der EU. Zwar haben sowohl die politischen als auch die intellektuellen Eliten die USA als den Anderen entdeckt, an dem sie das Selbst vornehmlich zu schärfen gedenken, politische Rücksichtnahmen und Interessen erlauben es der Politik aber nicht in dem Maße wie Stimmen aus der Gesellschaft, Europa auch zum identitären Widerpart der USA zu erklären.

Ob die Wahl der USA als der wesentliche Andere Europas nachhaltig identitätsstiftend ist, bleibt abzuwarten. Zweifel sind angebracht, ob auch unter veränderten politischen Rahmenbedingungen der an Washington gerichtete Vorwurf des „hegemonialen Unilateralismus“ noch derart zu emotionalisieren weiß, dass er die ansonsten gültige Vorstellung der jenseits wie diesseits des Atlantiks geteilten westlichen Welt zu dominieren vermag.

Da identitäre Abgrenzung nicht zwangsläufig offensiv oder sogar aggressiv zu verstehen ist, erscheint ein besonnener Umgang mit möglichen Anderen Europas angeraten zu sein. In einer zunehmend globalisierten Welt wissen Spannungsfelder multipler Identitäten, wie sie für Europa selbst zu identifizieren sind, auch im Globalen zu wirken. Europa muss sich zwar demnach, um als Idee (über-) leben zu können, im Selbstbild von Anderen unterscheiden. Gleichzeitig aber darf diese Differenzierung nicht derart ausgeprägt sein, dass sie anderen, ebenfalls wirksamen Selbstverständnissen – beispielsweise der westlichen Welt – entgegensteht. Das Eigene im Vergleich zum Anderen zu schärfen, scheint damit angebrachter, als die Abgrenzung zum Anderen zum Konstitutiv des Eigenen zu erheben.

Tabelle 3: Übersicht „Europa der Nationen und Regionen“

Herausforderung	Befund	Reaktion		Bewertung
		Akteur	Initiativen und Einstellungen (Auswahl)	
<ul style="list-style-type: none"> • Kompatibilität europäischer „Wir“-Konstruktion mit regionalen und nationalen Selbstverständnissen • Schärfung der Abgrenzung nach Außen 	<ul style="list-style-type: none"> • Dominanz affektiver nationaler Identitäten über nüchternpragmatisches Europabewusstseins • Abgrenzung nach Außen bei Politik wie Gesellschaft in Ausprägung 	EU	<ul style="list-style-type: none"> • Formelhafte Wiederholung der Achtung nationaler Identitäten • Darstellung der EU selbst als europäisches Identifikationsangebot • „Europa der Regionen“ (ab 80er Jahre; 1985 Gründung VRE, 1994 AdR) • „In Vielfalt geeint“ (2004) • Seit Referenden in Frankreich und Niederlanden stärkere Betonung nationaler Identitäten (2005) 	<ul style="list-style-type: none"> • Von Politik wie Gesellschaft favorisiertes Konzept „In Vielfalt geeint“ steht „Innerer Einheit“ Europas entgegen • Abgrenzung zu den USA noch nicht nachhaltig gefestigt
		Nationale politische Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Joschka Fischer: Forderung nach europäischem Gravitationszentrum (2000) • Verharrung des Europabildes in nationalen Identitäten 	
		Gesellschaft	<p>Widerstreit zwischen Konzepten mit Betonung auf der Vielfalt Europas einerseits und der Notwendigkeit der diskursiven Aushandlung eines Europa einigenden Bandes andererseits. Oftmals betonte Abgrenzung zu den USA.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bassam Tibi: Forderung nach Europa einigender Leitkulturdebatte (2000) • Habermas/Derrida: Avantgardistisches Kerneuropa als Identitäts-„Lokomotive“; Europa als Widerpart zum hegemonialen Unilateralismus der USA (2003) • Beck/Giddens: kosmopolitisches Europa bei Fortbestand der Nationalstaaten, Europa als zweites globales Machtzentrum neben USA (2005) 	

C) Europa der Vergangenheit und Zukunft

Um Europa in seiner Identität zukunftsfähig zu machen, bedarf es einer Vision, die stringent aus einer als spezifisch europäisch gedeuteten Geschichte folgt, wobei sich nach 1945 der Zweite Weltkrieg zum wesentlichen historischen Referenzpunkt europäischen Selbstverständnisses etablierte. Neue Konzepte europäischer Identität tragen hingegen in der Legitimation ihres Zukunftsentwurfes vermehrt zur Historisierung des Krieges bei.

Politik

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg stellte Winston Churchill in seiner Züricher Rede vom 19. September 1946 seiner Skizze der europäischen Tragödie eine Charakterisierung des „noblen“ Europas und damit ein europäisches Identitätsangebot gegenüber. Ähnlich argumentierte später auch Robert Schumann, als er Europa 1951 als „Friedensprojekt“ definierte, wobei sein Hinweis, Europa lasse sich „nicht mit einem Schlage herstellen“, im Umkehrschluss darauf schließen lässt, dass er es - zumindest rhetorisch - als gegenwärtig nicht existent begriff (Erklärung online: URL: http://europa.eu.int/abc/symbols/9-may/decl_de.htm). Die nach dem Zweiten Weltkrieg konstruierte europäische Idee bestand nicht allein aus der Vision des „Friedensprojektes Europa“ als befriedetem und demokratischem Kontinent, in dem kein Platz mehr war für Erbfeindschaften. Vielmehr war dieser Traum gleichzeitig mit einem Identitätskonstrukt verknüpft, das die Wiederherstellung Europas als Wertkontinent anstrebte. Rezivilisiert und rekultiviert sollte Europa wieder anknüpfen an seine – um in den Worten Churchills zu sprechen – Traditionen als Heimat der westlichen Welt, Quelle des christlichen Glaubens und der christlichen Ethik, als Ursprung der Kulturen, Künste, philosophischen Lehren und Wissenschaften. Um das kriegerische Element beraubt sollte Europa auf seinen „guten“ Kern zurückgeführt werden.

Grundbedingung dieses europäischen Identitätsentwurfes war die von allen Staaten Europas geteilte Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, aus dem sich ein Gegenentwurf europäischer Identität für die Zukunft ableiten ließ. Von deutschen wie französischen Akteuren im Besonderen forciert, stand dabei anfangs im Konkreten die Überwindung der gegenseitigen Erbfeindschaft, die als eine wesentliche Quelle der fatalen historischen Entwicklung ausgemacht worden war, im Mittelpunkt der Bemühungen. Das europäische Identitätskonstrukt jedoch vollzog die geographische Konzentration der Politik niemals nach. Das Selbstverständnis eines Europas der gemeinsamen Traditionen und Werte sowie des Friedens kannte a priori keine Grenzen weder Richtung Osten noch nach Innen. Dem europäischen Integrationsprozess war damit eine identitäre Zielvorstellung beigegeben, welche die Überwindung der Ost-West-Konfrontation konstitutiv mit einschloss und der Politik die Richtung wies.

Zeichnete sich dieses von der Politik unterbreitete europäische Identitätsangebot durch eine stringente Zusammenführung der drei Zeitebenen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aus, verschwammen seit den 80er Jahren seine scharfen Konturen gerade dadurch, dass eine Notwendigkeit seiner Präzisierung ausgemacht worden war. In der „Einheitlichen Europäischen Akte“ (EEA) von 1986, die die bis dato umfassendste Änderung der Gründungsverträge darstellte, deklarierten die Mitgliedsstaaten in der Präambel, sich für Demokratie, Menschenrechte, Grundfreiheiten und Grundrechte, „insbesondere Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit“, einsetzen zu wollen. Eine spezifisch europäische und historisch abgeleitete Begründung für die Zielvorgaben der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit aber blieb aus und ließ sich nur bedingt implizit erschließen.

Zwar stand eine stärkere inhaltliche Auseinandersetzung mit europäischen Werten, Traditionen und Zielen damit auf absehbare Zeit sowieso auf der Agenda. Dass das Ende der West-Konfrontation allerdings das Ringen um eine europäische Identität auf eine völlig neue Grundlage stellte, machten Beobachter der Ereignisse wie der in Prag geborene Historiker Jacques Rupnik rasch deutlich:

„Wirtschaftlich betrachtet braucht der Osten den Westen, doch kulturell gesehen braucht der Westen den Osten, und zwar genau deshalb, weil dort die ‘Seele Europas’ bewahrt wurde, die Vorstellung von einem Europa als Kultur.“ (Rupnik 1990)

Europa sah sich mit dem Ende des „Kalten Krieges“ gezwungen, nach Jahren der Teilung sein Bild des Selbst neu zu zeichnen. Das im Nachkriegsjahrzehnt formulierte europäische Identitätskonstrukt eines Europas als Wertkontinents aus historischer Verpflichtung gewann damit unvermittelt wieder an Bedeutung und verlangte nach einer inhaltlichen Konkretisierung. Das neue Zeitalter europäischer Identitätsfindung sah sich mit den Mitte 1991 ausgebrochenen Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien mit einer schweren Hypothek belastet. Zeitigte das Interventionsmanagement der EG in Slowenien noch rasche Wirkung, gelang es nicht, die Brandherde Kroatien und (ab Frühjahr 1992) Bosnien-Herzegowina unter Kontrolle zu halten. Die täglich über den Bildschirm flimmernden Bilder eines mörderischen Krieges mitten in Europa und die Schreckensmeldungen über Vergewaltigungen und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zerstörten die Illusion eines auf ewig befriedeten Europas ebenso, wie der Glaube an ein zivilisiertes und von Werten geleitetes Europa beschädigt wurde. Der Einmarsch von Truppen der EG-Mitgliedsstaaten im ehemaligen Jugoslawien zwang den Staaten nicht nur schwierige Entscheidungsprozesse und identitäre Standortbestimmungen auf (zu Deutschland z.B. Bierling 1999), sondern relativierte auch die Hoffnung auf ein politisches Europa als eine – wie es Jean Monnet formuliert hatte - „Kraft des Friedens“: „Während der Belagerung Sarajewos ging die politische Traumzeit Europas zu Ende“ (Sloterdijk 1997).

Die Vision eines Europas als „Friedensprojekt“ war – obwohl der Zustand des Friedens der eigenen Lebenswelt gleichzeitig zur Selbstverständlichkeit mutierte (vgl. Ash 2005) – beschädigt, die Vorstellung eines kultivierten Europas in Zweifel gezogen und die in den 50er Jahren beigegebene Zielvorgabe der Überwindung der Ost-West-Konfrontation erfüllt. Trotz dieser Hypotheken stellte die Kommission in Person ihres Präsidenten Jacques Delors allerdings nicht das Suchen nach einer neuen Vision für Europa in das Zentrum ihrer Bemühungen, sondern die Rückbesinnung auf vergangene Tage, indem er „Frieden, Solidarität, politische und wirtschaftliche Integration“ als die vier Haupterfordernisse der 90er Jahre benannte (Delors 1992, 77; zur Kritik an dieser Strategie vgl. u.a. Schlögel 2002, 248)

Die Europa-Idee der Nachkriegsjahre schien am Ende und wartete gleichzeitig auf ihre notwendige Wiedergeburt. Wie schwer sich die politischen Spitze der EG-Mitgliedsstaaten mit dieser Herausforderung taten, belegt der Vertrag über die Europäische Union (EUV) vom 7. Februar 1992, der in seinen sehr knapp gefassten Ausführungen zu den Grundlagen des Identitätsangebotes jegliche Innovativität vermissen ließ. Abermals bekannten sich die Mitgliedsstaaten lediglich zu den nicht weiter europäisch spezifizierten Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit. Auf eine ansprechende Zukunftsperspektive verzichtend stellte der Maastrichter Vertrag damit keine auf die veränderten Rahmenbedingungen seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation angemessen reagierende Neukonzeption der Idee Europa dar.

Kritik an diesem Umstand übte vor allem Václav Havel in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament 1994. Havel beließ es jedoch nicht allein bei einem Aufruf zu einem „neuen, aufrichtigen und klaren Nachdenken über das, was man europäische Identität nennen mag“ (Europa Union 1995, Vorwort), sondern konkretisierte seine Vorstellungen, indem er anfügte, dass die EU „auf einem großen Ensemble zivilisatorischer Werte“ beruhe, deren Wurzeln „zweifellos auf die Antike und das Christentum zurückgehen“ und „die wir heute als die Grundlagen der modernen Demokratie, des Rechtsstaates und der Bürgergesellschaft begreifen“ (ebd.). Für Havel stellte das von ihm postulierte „sittliche Fundament“ Europas nicht allein ein intellektuelles Glasperlenspiel dar, vielmehr sah er in ihm eine konkrete Verpflichtung der Politik, aus der eine „neue Verantwortlichkeit“ Europas (Havel 1995) erwachsen müsse.

Havels leidenschaftliche Appelle zur Konkretisierung der europäischen Idee fanden in den Reihen der Staats- und Regierungschefs nur schwaches Gehör, wie die Ergänzung des Maastrichter Vertrages durch den Amsterdamer Vertrag von 1997 verdeutlicht:

„Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.“ (8., Änderung Artikel F)

Neu an dieser Formulierung ist allein der Zusatz, dass die Grundsätze allen gemeinsam seien, ansonsten findet sich der gleiche Wortlaut schon in der Präambel des Maastrichter Vertrages. Allerdings hatte die politische Gemeinschaft damit erstmals ihre ideellen Grundlagen in einem Vertragstext außerhalb der Präambel gebündelt aufgelistet. Dem „Mantra“ der Identitätsfolie EU waren nunmehr auch vertragliche Weihen zu Teil geworden, nachdem es schon 1993 als Grundlage der so genannten „Kopenhagener Kriterien“ gedient hatte, deren Erfüllung den Beitrittsländern zur Bedingung gemacht worden war.

Während sich der Vertrag von Nizza vom 11. Dezember 2000 entsprechend seiner Zuspitzung auf die Modifizierung der Entscheidungsprozesse angesichts der anstehenden EU-Erweiterung (z.B. Weidenfeld 2001a) jeglicher weitergehender Identitätspolitik enthielt, konkretisierte sich das seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes in den Vordergrund gerückte Verständnis Europas als Wertegemeinschaft mit der kurz zuvor verabschiedeten europäischen Grundrechtecharta, in welcher die Historie in Form der „Kulturen und Traditionen der Völker Europas“ als Europa trennendes, die „gemeinsamen Werte“ hingegen als verbindendes Moment angesehen wurden (Abdruck der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in: Weidenfeld 2001a, 243-262, hier: 243 f.).

Eine Abkehr von dieser Strategie der weitgehenden Negierung historischer Kontinuitätslinien setzte dagegen erst wieder mit dem Europäischen Rat von Laeken 2002 ein, der die Einsetzung des Konventes zur Zukunft Europas mit einer Erklärung begleitete, welche ungewohnte inhaltliche Akzente setzte:

„Europa als Kontinent der humanitären Werte, der Magna Charta, der Bill of Rights, der Französischen Revolution, des Falls der Berliner Mauer. Kontinent der Freiheit, der Solidarität, vor allem der Vielfalt, was auch die Achtung der Sprachen, Kulturen und Traditionen anderer einschließt. Die einzige Grenze, die die Europäische Union zieht, ist die der Demokratie und der Menschenrechte.“ (Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Laeken 14./15.12.2001, SN 300/1/01 REV 1)

Diese detaillierte Ausführungen zu den historischen Grundlagen Europas finden sich im Vertrag über eine Verfassung für Europa nicht mehr. Dennoch ist er der bislang wei-

testgehende Versuch der Politik, ein europäisches Selbstverständnis sowie die Identitätsfolie EU auch inhaltlich mit Leben zu füllen. Zwar haben nur wenige der in der Präambel des Vertrages aufgelisteten Aspekte erstmals in das europäische Identitätsangebot der EU Eingang gefunden. Stattdessen findet sich der prozesshaft seit den 50er Jahren etablierte Kanon an identitären Schlüsselbegriffen wie Frieden oder Solidarität ebenso wieder wie die Betonung der Bedeutung nationaler Identitäten auch innerhalb eines europäischen Selbstverständnisses. Allerdings ist das Verfassungsrang genießende Bekenntnis der Gemeinschaft zu ihrem Erbe eine identitäre Aussage, welche – ganz im Sinne Havel – die Suche nach den spezifischen Traditionen Europas als Verpflichtung für gegenwärtiges und zukünftiges Handeln versteht. Entsprechend definiert sich die EU nunmehr erstmals auch als – zuvor nur postulierte – Wertegemeinschaft, worunter „die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“ (Artikel I-2), verstanden wird.

Erste Reaktionen der Kommission auf die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden sind folglich als Rückschritt und nicht als Weiterentwicklung dieses Konzeptes zu begreifen. Beispielsweise bleiben Günter Verheugens Aussagen von den „europäischen Gesellschaften“, welche ihre eigene Geschichte und Kultur hätten, hinter dem Duktus des Verfassungsvertrages zurück (vgl. „Europa ist dort stark, wo es gemeinsam handelt“, Rede von Günter Verheugen an der Humboldt Universität Berlin, 30.06.2005). Ein identitärer Zukunftsentwurf für Europa, der eine historische Kontinuitätslinie zu ziehen gedenkt und aus der Vergangenheit heraus stringent die Gegenwart zu erklären versucht, sieht anders aus.

Gesellschaft

Die Frage, wie ein solcher Entwurf aussehen könnte, gehört zu den in Wissenschaft und Gesellschaft am intensivsten diskutierten Themenaspekten einer europäischen Identität. Der Grund hierfür ist vor allem darin zu sehen, dass dieser Fragenkomplex keine inhaltliche Begrenzung kennt und sich folglich die personalen Selbstverständnisse nicht nur regionaler und nationaler Art am stärksten herausgefordert sehen. Angesichts der Disparität der Diskussion, die keinen Konsens erkennen lässt, mehren sich zudem die Stimmen, welche die Notwendigkeit einer kulturellen Identität Europas gänzlich anzweifeln und sich stattdessen dem Konzept „politischer Identität“ des italienischen Philosophen Furio Cerutti anschließen, wonach es keine kulturelle Identität Europas geben könne und deshalb die Schaffung einer politischen Identität Europas einzig Erfolg versprechend sei (Cerrutti/Rudolph 2001). Thomas Meyer beispielsweise sieht Identität als Ergebnis politischer Konstruktionsleistung und politischer Öffentlichkeit an, womit sich eine europäische Identität für ihn vornehmlich dadurch auszeichnet, dass sich die Bürger Europas mittels einer demokratischen Öffentlichkeit dem gleichen politischen Gemeinwesen zugehörig fühlen (Meyer 2004). Ähnlich argumentiert auch der Schweizer Literaturwissenschaftler und Schriftsteller Adolf Muschg, wenn er konstatiert, dass die reale Verfassung Europas weiter sei als die geschriebene, „mit der Europa nicht mehr steht und fällt“. Europa sei für die Bürger „ein Teil ihrer Realität geworden“ mit der sie nicht nur „täglich rechnen, in der sie auch leben“: „Sie haben vielleicht weniger europäische Identität nötig, als ihnen Politiker in wohlgemeinten Festreden glauben ans Herz legen oder (...) ausreden zu müssen“ (Muschg 2005, 26). Zugleich betont Muschg jedoch die Notwendigkeit Europas als „sinnstiftende Sache“: „Europa lässt sich ohne ein anspruchsvolles kulturelles Repertoire nicht einmal denken, geschweige denn schaffen“ (ebd., 34).

Antworten auf die Frage, welche historischen Wurzeln die europäische Gegenwart erklären und eine Zukunftsperspektive eröffnen könnten, versuchen unzählige Autoren zu geben. Während dabei beispielsweise für Hans-Ulrich Wehler die Antike, das römische Recht, die Reformation, die Aufklärung, das okzidentale Bürgertum mit seinen autonomen Bürgerstädten, der europäische Adel und das europäische Bauerntum als europäische Tradition gelten (so z.B. Hans-Ulrich Wehler: Die türkische Frage. Die europäischen Bürger müssen entscheiden, in: FAZ v. 19.12.2003), komprimiert der italienische Philosoph Giovanni Reale diesen Kanon europäischer Wurzeln auf die griechische Kultur, die christliche Botschaft und „die große wissenschaftliche Revolution“ (Reale 2004, 15). Bemühungen, solche Ansätze in einer europäischen Geschichtsschreibung zu verdichten, haben zwar Konjunktur. Jedoch sehen sie sich vor ähnliche Probleme gestellt wie die gegenwärtigen Versuche der Formulierung einer europäischen Identität. Europa sei demnach – so beispielsweise Gerald Stourzh – nicht zu begreifen als „homogen, durch bestimmte Errungenschaften, Programme oder exklusive Werte definiert“ (Stourzh 2002). Stattdessen müsse es als offen für die kulturellen Unterschiede des Kontinents angesehen werden, wobei die Grenzen des Kontinents auch aus historischer Perspektive nicht statisch festgelegt erscheinen.

Bemühungen, das Thema der europäischen Identität prominent in der europäischen Öffentlichkeit zu verankern, sehen sich angesichts dieser Vielstimmigkeit zwangsläufig mit der Herausforderung konfrontiert, die historische Kontinuität Europas reduziert zu kommunizieren. Weithin gemein ist diesen Versuchen jedoch, dass sie die Zukunftsperspektive Europas aus seiner Geschichte allein des 20. Jahrhunderts destillieren. In der „Charta der europäischen Identität“ der Europa-Union Deutschland trägt dieses Anliegen zwangsläufig schlagwortartige Züge, wenn von der Friedens- und Schicksalsgemeinschaft Europa die Rede ist (Europa-Union 1995). Konkreter werden dagegen die Initiativen von Jürgen Habermas und Jacques Derrida einerseits sowie von Ulrich Beck und Anthony Giddens andererseits, welche beide ähnliche Argumentationslinien verfolgen.

- Habermas und Derrida formulieren die Zukunftsvision eines „friedlichen, kooperativen, gegenüber anderen Kulturen geöffneten und dialogfähigen Europas“, das sich zugleich der sozialen Gerechtigkeit und der „Zähmung des Kapitalismus“ verpflichtet fühlt. Als Legitimation dieses Entwurfes wie auch als Verpflichtung für das künftige Handeln Europas sehen sie dabei dessen Historie des vergangenen Jahrhunderts an: „Die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union hat die Europäer in der Überzeugung bestärkt, dass die Domestizierung staatlicher Gewaltausübung auch auf globaler Ebene eine gegenseitige Einschränkung souveräner Handlungsspielräume verlangt.“ (Habermas/Derrida 2003). Gerade weil Europa mit zwei Weltkriegen und dem Holocaust fertig geworden sei, könne es sich demnach nunmehr der Herausforderung stellen, „eine kosmopolitische Ordnung auf der Basis des Völkerrechts gegen konkurrierende Entwürfe zu verteidigen und voranzubringen“ (ebd.).
- Auch Beck und Giddens verzichten auf eine detaillierte Suche nach den historischen Wurzeln Europas und fassen das 20. Jahrhundert als tatsächliche Grundlage des neuen Europas. Dadurch, dass dieses demnach „den unheilvollsten Strömungen in der europäischen Geschichte - Nationalismus, Kolonialismus, militärisches Abenteuerertum - ein für allemal ein Ende gesetzt“ habe, komme ihm – so ist hier zwischen den Zeilen zu lesen – die künftige Rolle und ethische Verpflichtung zu, Exporteur seines zivilisatorischen Erfolgsrezeptes seit dem Zweiten Weltkrieg zu sein. Als zweites globales Machtzentrum solle es ihm gelingen, „seinen Verbündeten USA in eine kosmopolitische, das heißt auf der Anerkennung der Andersheit der Anderen basierende Weltordnung einzubinden“ (Beck/Grande 2004, 341).

Bewertung

Die Neukonzeption einer europäischen Identität im Sinne eines „kosmopolitischen Europas“, wie von Habermas/Derrida und Beck/Giddens in Variation propagiert, formuliert eine Zukunftsvision in historischer Kontinuität. Der Ansatz bietet eine Orientierungsleistung – von zahlreichen weiteren Intellektuellen wird er vertreten. Seine Stärke liegt darin, dass er sowohl die aktuelle politische Situation als auch das seit 1990 gestiegene Selbstbewusstsein der europäischen Nationalstaaten und auch der EU abzubilden weiß.

Dem Ansatz konstitutiv ist ein neues historisches Verständnis, das die Koordinaten europäischen Selbstverständnisses, wie sie zur Zeit des „Kalten Krieges“ galten, relativ lautlos, aber doch konsequent verschiebt. Während der Ost-West-Konfrontation stellte sich als wesentlicher historischer Referenzpunkt europäischer Identitätsangebote der Zweite Weltkrieg dar. Nicht nur ist ohne sein Erleben die Formulierung der Idee Europa nach 1945 nicht denkbar, auch legitimierte sich aus ihm heraus die europäische Zukunftsvision dieser Zeit. Gerade weil Europa Herd zweier Weltkriege gewesen sei, sollte demnach ein abermaliges Aufblitzen seiner kriegerischen Fratze verhindert werden. Im Verständnis eines „kosmopolitischen Europas“ ist dagegen nicht mehr der Zweite Weltkrieg selbst der historische Dreh- und Angelpunkt europäischer Identität, sondern dessen demokratische und zivilisatorische Überwindung. Ein „kosmopolitisches Europa“ streift damit die Zweifel am friedlichen europäischen Selbst ab und rückt stattdessen den Glauben in die eigene Stärke in den Mittelpunkt.

Das neue Selbstbewusstsein Europas und seiner Nationalstaaten auf dieses neuartige historische Begründungsmoment zurückzuführen, ist die eigentliche Leistung des Identitätsangebotes eines „kosmopolitischen Europas“. Allerdings ist dem Ansatz vorzuzurufen,

- dass er dem westeuropäischen Selbstverständnis verpflichtet bleibt, die ost- und mitteleuropäische Diktaturerfahrung nach 1945 ausblendet und in seiner Konzentration auf die „Erfolgsgeschichte der Europäischen Union“ die Überwindungsleistung der Diktaturen durch die Menschen in Warschau, Budapest, Prag und andernorts nicht zu integrieren vermag;
- dass er in seinem Inhalt wie seinem Duktus einer elitären Abstraktion verpflichtet bleibt, die kaum geeignet scheint, dieses Selbstverständnis gegenüber dem Bürger zu kommunizieren, zumal es in seinem Kern eine europäische Identität der Intellektuellen widerspiegelt, das kritische und von nationalen wie regionalen Befindlichkeiten abhängige Europabewusstsein der Bürger aber nicht im Blick hat und deren oftmals ausgeprägter Distanz zur EU argumentativ nichts entgegenzusetzen hat;
- dass er damit nur bedingt geeignet ist, europäisch integrativ zu wirken und dies auch für die intellektuelle Debatte um historische untermauerte Zukunftsentwürfe selbst gilt, da sich andere Konzepte, welche die Verständigung auf die historischen Wurzeln Europas legen, im Selbstverständnis eines „kosmopolitischen Europas“, das die europäische Geschichte wesentlich auf die Jahre nach 1945 reduziert und die Historie zuvor nur als „Beiwerk“ begreift, kaum wieder zu finden vermögen.

Das „kosmopolitische Europa“ rückt in das Zentrum seines Selbstverständnisses das Bild eines friedliebenden und toleranten Europas, das aber so bei den Bürgern nicht mehrheitsfähig ist (vgl. das Kapitel „Europa der Bürger“). Jedoch trifft dieser Vorwurf die gesellschaftlichen Initiativen nicht allein. Auch die Identitätsangebote der Politik propa-

gieren eine Wertegemeinschaft, die in ihrer Unkonkretheit kaum Strahlkraft zu entfalten vermag. Was an den kommunizierten Werten spezifisch „europäisch“ sein soll, bleibt fraglich, da es an ihrer historischen Herleitung mangelt. Welche Zukunftsvision sich mit ihnen verbindet, bleibt unausgesprochen. Europa präsentiert sich hier als Wertegemeinschaft, dessen Vergangenheit ebenso im Dunkeln liegt wie seine Zukunft.

Als 1989/90 der „Eiserne Vorhang“ fiel, sah Westeuropa darin die in den 50er Jahren formulierte Magnetwirkung des in der politischen Gemeinschaft gebündelten europäischen Identitätsangebotes bestätigt. Getragen von dieser Überzeugung setzte sich der Glaube durch, nur die politische Union fortentwickeln und das althergebrachte Identitätsangebot weiter propagieren zu müssen: „Europa hat die Jahre zwischen 1989 und 1999 nicht genutzt. (...) Die Chance zur Westverlängerung - nicht zur Osterweiterung - wurde nicht genutzt. Jetzt tanzen wir alle die Identitätsallüren“ (so der frühere tschechische Botschafter in Österreich und Deutschland sowie jetzige PEN-Präsident, Jiri Gruša; Gruša 2002).

Fast zehn Jahre dauerte die auf diesem Irrglauben fußende Lähmung europäischer Identitätspolitik, bis erkannt wurde, dass 1989/90 weniger die Ausstrahlungskraft der europäischen Identitätspolitik und der EU zum Fall des Warschauer Paktes beigetragen hatte, als vielmehr das auf Dauer nicht zu unterdrückende Nationalbewusstsein der mittel- und osteuropäischen Staaten, welche die – selbst empfundenen – Fußfesseln kommunistischer Fremdherrschaft abzustreifen gedachten. Die neuen Mitgliedsstaaten der Union denken und fühlen europäisch, leben und lieben aber national. Eine europäische Zukunftsvision in historischer Kontinuität, welche solche nationale Identitäten angemessen berücksichtigen und die unterschiedlichen Geschichten West- und Mittelosteuropas im 20. Jahrhundert abzubilden vermag, ist aber auch auf Seiten der Politik nicht in Sicht.

Zunehmend behindert wird die Proklamation einer lebendigen Vision Europas durch den notwendigen Ausgleich der nationalen Interessen und Vorstellungen, welcher das Identitätsangebot der EU wenig anpassungsfähig an veränderte Rahmenumstände erscheinen lässt. Das im „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ festgeschriebene europäische Identitätsangebot der EU geht in seinem Kern kaum über die im Maastrichter Vertrag formulierte Identitätspolitik hinaus, welche wiederum wesentlich auf bereits in den 50er Jahren skizzierten Grundsätzen beruht. Auf die neuen Herausforderungen für die europäische Selbstdefinition weiß das Identitätsangebot der EU keine hinreichenden Antworten zu geben. Stattdessen konserviert es alt gediente und lange Zeit erfolgreiche Vorstellungen von Europa, ohne sie zu modernisieren. Maßnahmen der zunehmenden politischen Vergemeinschaftung wie die Etablierung der GASP, die Einführung des Euro oder die Ausarbeitung der Verfassung wurden nur bedingt durch ein entsprechendes Identitätsangebot unterfüttert, was Europa nunmehr zunehmend konturlos erscheinen lässt: „Es fehlt die Perspektive, aus der die Leute erkennen können, warum Europa jetzt eine Verfassung braucht“ (Habermas 2005).

Tabelle 4: Übersicht „Europa der Vergangenheit und Zukunft“

Herausforderung	Befund	Reaktion		Bewertung
		Akteur	Initiativen und Einstellungen (Auswahl)	
<ul style="list-style-type: none"> • Formulierung von Zukunftsentwürfen in historischer Kontinuität • Anpassungsfähigkeit des Europabildes 	<ul style="list-style-type: none"> • Zunehmende Konzentration auf Werte- statt Traditionsgemeinschaft (Politik) • Tendenz der Verkürzung europäischer Geschichte auf das 20. Jahrhundert (Gesellschaft) • Europabilder der Politik schwerfälliger als diese der Gesellschaft 	EU	<ul style="list-style-type: none"> • Friedensprojekt Europa (1957) • Weltpolitische Verpflichtung aus gemeinsamem Erbe (1973) • Friedenssicherung (1992) • Konzentration auf Wert- statt Traditionsgemeinschaft (1992/1997/2000) • Europa als Kontinent der humanitären Werte, der Magna Charta, der Bill of Rights, der Französischen Revolution, des Falls der Berliner Mauer (2002) • Wertegemeinschaft als Verpflichtung aus historischem Erbe (2004) 	<ul style="list-style-type: none"> • Konzepten der Politik mangelt es an Zukunftsvision • Konzepten der Gesellschaft mangelt es an Strahlkraft • Konzepte der Politik wie der Gesellschaft vernachlässigen oftmals Diktaturerfahrung mittel- und osteuropäischer Staaten
		Nationale politische Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als Friedensprojekt (z.B. Churchill 1946, Schumann 1951) • Zivilisatorische Werte Europas als Verpflichtung für Zukunft (z.B. Havel 1994/1995) 	
		Gesellschaft	<p>Widerstreit zwischen drei Konzepten: Vielfalt historischer Entwürfe (z.B. Winkler, Reale) Politische Identität Europas in Ablehnung einer kulturellen Identität (z.B. Cerruti, Mayer) Verpflichtung aus Geschichte 20. Jahrhundert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Charta europäische Identität: Europa als Friedens- und Schicksalsgemeinschaft (1995) • Habermas/Derrida: friedliches, tolerantes und dialogfähiges Europa als Verpflichtung aus Geschichte 20. Jahrhundert (2003) • Beck/Giddens: kosmopolitisches Europa nach Innen wie Außen als Verpflichtung aus Geschichte 20. Jahrhundert (2005) 	

D) Europa der Öffentlichkeit

Längst Realität sind Öffentlichkeiten zu Europa, womit die national gefassten und begrenzten Standortbestimmungen zu Europa und der EU zu verstehen sind. Um das vorhandene europäische Bewusstsein in eine europäische Identität transformieren zu können und so ein europäisches Selbstverständnis nachhaltigen etablieren zu können, ist eine europäische Öffentlichkeit als Grenzen negierender europäischer Diskurs nötig.

Politik

In ihrer genuinen Öffentlichkeitsarbeit und ihren Bemühungen um die Kommunikation eines europäischen Identitätsangebotes sieht sich die Europäische Union einem Dilemma ausgesetzt: Dem Grundsatz des „Europas der Bürger“ verpflichtet muss sie ihre Überzeugungsarbeit mit Hilfe der Politik wie der Zivilgesellschaft in unzähligen Informations- und Diskussionsveranstaltungen vor Ort leisten (vgl. Kapitel Akteure). Eine gesamt-europäische Identität aber ist in solchen Veranstaltungen nicht auszuhandeln, da diese weitgehend in nationalen Öffentlichkeiten verhaftet bleiben und nicht als Ausdruck europäischer Öffentlichkeit zu werten sind. Als Initiator einer europäischen Öffentlichkeit aber versteht sich die Europäische Union bislang nur bedingt.

Konkrete Bemühungen, grenzüberschreitende Begegnungen und Dialoge anzuregen, sind die Einrichtung der „Europäischen Jahre“ (1983) und der „Europäischen Kulturhauptstädte“ (1985), mit denen sich die Hoffnung verband, die Bürger der Mitgliedsstaaten für bestimmte Themen zu sensibilisieren und den grenzüberschreitenden Austausch anzuregen. Auf die öffentliche Untermauerung der propagierten Werte der politischen Gemeinschaft zielte auch die Schaffung des Sacharows-Preises durch das Europäische Parlament 1988 ab, der jährlich an herausragende Persönlichkeit für ihren Einsatz gegen Intoleranz, Fanatismus und Unterdrückung verliehen wird. Eine breitere öffentliche Wahrnehmung jedoch kam dieser Auszeichnung niemals zu. Ebenso erscheint der Erfolg der „Europäischen Jahre“, wenn man den Maßstab europäischer Öffentlichkeit anlegt, als zweifelhaft, da sie sich in weitgehend national abgeschlossenen Debatten widerspiegeln. Allein die Europäischen Kulturhauptstädte, welche als so erfolgreich wie nur wenige andere Initiativen der Europäischen Union charakterisiert wurden (Austen 1998), können als tatsächlicher Beitrag zu einer europäischen Öffentlichkeit gewertet werden. Allerdings ist ihre Breitenwirkung stark begrenzt und die initiierte Öffentlichkeit erweist sich de facto als nur wenig nachhaltig.

Nur einen kleinen Personenkreis versteht die EU über das Internet anzusprechen. Bereits im Rahmen der zur Begleitung des Europäischen Rates von Nizza im Dezember 2000 ins Leben gerufenen Initiative „Dialog über Europa“ stellte sie Aussagen von Politikern aller Mitgliedsstaaten zur Zukunft Europas im Internet zur Verfügung und lud die Bürger ein, sich in Diskussionsforen an dieser Debatte zu beteiligen. Abgelöst wurde dieses Angebot im März 2001 durch die Initiative „Zukunft der Europäischen Union“, welche der Zivilgesellschaft nunmehr sogar die Möglichkeit zu geben versuchte, mittels der Homepage „futurum“ ihre Meinung im Rahmen eines echten europäischen öffentlichen Raums Ausdruck zu verleihen. (http://europa.eu.int/constitution/futurum/about_futurum_de.htm).

Während diese Initiativen nur bedingt geeignet waren, eine europäische Öffentlichkeit herzustellen, war die Union in ihrem Bemühen um die Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit dann erfolgreich, wenn es um die Herstellung von Teilöffentlichkeiten

ging – besonders in verschiedenen Bereichen der allgemeinen Bildung und der Berufsbildung (Sokrates und Leonardo) sowie der Forschungsförderung. In der Gestalt solcher Teilöffentlichkeiten kann eine europäische Öffentlichkeit durchaus als existent gelten. Allerdings besteht einerseits eine Trennlinie zwischen elitärer und populärer Öffentlichkeit (Eder 2003, 90 f.). Eine europäische Öffentlichkeit findet außerhalb medialer Nischen wie arte, Euronews oder der Le Monde diplomatique keine genuinen Träger (Giesen 1999, 136). Eine politische Öffentlichkeit, die eine europäische Öffentlichkeit fördern könnte, ist nur schwach ausgeprägt. Das vielfach kritisierte Demokratie- und Transparenzdefizit der Europäischen Union (z.B. Kielmansegg 1996, Bach 2000), welches sich unter anderem in immer schwächeren Wahlbeteiligungen zum Europäischen Parlament ausdrückt (1979: 63 %; 2004: 45,5 %), wurde bislang nur halbherzig angegangen und diskreditiert damit immer noch die Bemühungen der EU um eine europäische Öffentlichkeit. So zielten auch deren Aktionsstränge der letzten Jahre vor allem auf die Information der Bürger, nicht aber auf deren Mitsprache ab. Statt Vertreter der Zivilgesellschaft am Konvent zur Zukunft Europas zu beteiligen, setzte die EU allein auf dessen Begleitung durch eine gesellschaftliche Diskussion, die nur punktuell einem transnationalen europäischen Diskurs gleichkam und stattdessen vornehmlich auf die nationalstaatliche Ebene zentriert blieb; dessen realer Input auf die Arbeit des Konventes blieb dagegen stets ungewiss.

Der politische Aushandlungsprozess eines europäischen Identitätsangebotes zeigt sich weitgehend resistent gegen Einflüsse von Außen. Schon Akteuren, die nicht zum innersten Zirkel der Macht gehören, ist nur noch bedingt Gestaltungsmacht zuzuerkennen. Zumindest aber werden Appelle aus den eigenen Reihen – wie die Vorstöße von Václav Havel oder den Regionen – noch gehört und vermögen zumindest punktuell Wirkung zu erzielen. Die Bemühungen aus den Reihen der Gesellschaft, auf europäischer Ebene Einfluss zu erzielen, provozierten hingegen bislang kaum Reaktionen im politischen Prozess. Selbst von einer europäischen, politische wie gesellschaftliche Akteure umfassenden Teilöffentlichkeit bezüglich der Aushandlung der Identität des Kollektivs Europa kann damit kaum die Rede sein.

Gesellschaft

Aufgrund des Befundes, dass von einer europäischen Öffentlichkeit bislang nur bedingt zu sprechen ist, hat die intellektuelle Elite Europas dieses Thema ganz oben auf ihre Agenda gestellt, wobei abermals die beiden Initiativen Habermas/Derrida und Beck/Giddens im Besonderen hervortraten:

- Habermas und Derrida erscheint das Finden einer Antwort auf der Frage, auf welchen Fundamenten denn Europa ruhe, nicht ausreichend. Stattdessen plädieren sie dafür, den „politisch-ethischen Willen, der sich in der Hermeneutik von Selbstverständigungsprozessen zur Geltung bringt“, gleichfalls als Quelle europäischer Identität zu begreifen.

Nach Habermas/Derrida kann eine europäische Identität demnach nicht von oben herab konstruiert und etabliert werden, sondern muss sich „von unten“ in der Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit herausbilden. Konkret bedeutet dies, dass neben der Politik auch die Intellektuellen Europas in die Pflicht genommen werden und gerade letztere auf die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit verpflichtet werden, während die Politik die politische Integration voranzutreiben hat.

- Auch das Duo Beck und Giddens sieht eine europäische Öffentlichkeit als bislang nicht existent an und geht deswegen explizit auf die Notwendigkeit ein, einen öffentlichen Diskurs entfalten zu müssen, welcher eine europäische Identität im Sinne eines kosmopolitischen Europas stiften könne:

„Wir zählen zu den Verfechtern der Europäischen Verfassung - auch wenn die vorgeschlagene Version viel zu unübersichtlich und langatmig ist. Doch ihre Ablehnung eröffnet den Europäern die Möglichkeit - und zwingt sie vielleicht sogar dazu -, die elementaren Realitäten wahrzunehmen und darauf eine Antwort zu finden“ (Beck/Giddens 2005).

Widerspruch gegen diese Forderung wird kaum laut. Eine europäische Öffentlichkeit wird von allen gesellschaftlichen Akteuren, die am Diskurs um eine europäische Identität beteiligt sind, als gleichermaßen notwendig erachtet, auch wenn sie sich in der Frage um die Inhalte des Diskurses – ob Verständigung auf seine kulturellen Wurzeln (z.B. Muschg 2005), die Aushandlung einer Leitkultur im Sinne von gemeinsamen Werten (z.B. Tibi 2000) oder die geteilte Aneignung der politischen Wirklichkeit (z.B. Meyer 2004) – unterschiedliche Schwerpunkte setzen und damit entweder mehr die Rolle der intellektuellen Elite oder mehr die politische und gesellschaftliche Teilhabe der Bürger am Gemeinwesen Europa artikulieren. Allerdings werfen vereinzelte Stimmen den Initiativen der intellektuellen Elite selbst mangelnden Willen zur Öffentlichkeit vor: „Nun versuchen zwei Intellektuelle [Beck/Giddens; M.W.] abermals, Europas zersplitterte Öffentlichkeit in einer Diskussion zu vereinen. Wieder [wie bei Habermas/Derrida; M.W.] ist der Text irgendwo gedruckt erschienen - aber nirgends im Internet ist das ungekürzte Original auf deutsch frei zugänglich, die englische Fassung ist unauffindbar“ (Esch, Christian: Ein Aufruf an alle, die Aufrufe loswerden wollen, in: Berliner Zeitung vom 5.10.2005).

Doch ist nicht nur diese mangelnde Öffentlichkeit der Initiativen Intellektueller kritisch anzumerken. Tatsächlich ist die Gruppe derjenigen, welche medienwirksam eine europäische Identität und Öffentlichkeit einfordern, nur bedingt als europäische Teilöffentlichkeit zu beschreiben. Nicht nur ist ihre Größe überschaubar. Sie wird zudem auch dominiert von Soziologen und Philosophen wie Jürgen Habermas, Jacques Derrida, Ulrich Beck, Anthony Giddens, Fernando Savater, Gianni Vattimo, André Glucksmann und Peter Sloterdijk. Hinzu treten lediglich vereinzelte Kunstschaaffende wie der Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass und die als Wissenschaftler wie Schriftsteller agierenden Umberto Eco und Adolf Muschg.

Auffällig bei dieser Auflistung ist, dass die europaweit Gehör findenden Intellektuellen aus nur wenigen Staaten Europas entstammen. Dominiert wird die Debatte im Wesentlichen von Intellektuellen aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Stimmen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten fehlen mit wenigen Ausnahmen – etwa der polnische Historiker und ehemalige Außenminister Bronislaw Geremek – beinahe gänzlich. Dass selbst in der Initiative Habermas/Derrida keinerlei mittel- und osteuropäische Stimmen zu vernehmen waren, gab ebenso wie die Perzeption, die Argumentation des Vorstoßes vernachlässige die Befindlichkeiten des „neuen Europa“, Anlass zu erheblicher Kritik (z.B. Ross 2003).

Offensichtlich ist im Fall Europa, dass „die Kultur des Zentrums zur systemweit herrschenden Kultur wird“ (Münch 1993, 24) und ein Zentrums-Peripherie-Konflikt in Europa nicht nur im politischen Machtgefüge und der ökonomischen Aufstellung (Heidenreich 2003, Mau 2004) zu identifizieren ist, sondern auch hinsichtlich der aktuellen kulturellen Deutungsmacht (Lord 2000). Doch ist in der gesellschaftlichen Auseinanderset-

zung um ein europäisches Selbstverständnis nicht nur die Vorherrschaft von Akteuren des politischen und kulturellen Zentrum Europas identifizierbar, sondern daneben auch das weitgehende Fehlen einer involvierten Zivilgesellschaft. Nichtregierungsorganisationen hielten sich wie auch Verbände auffällig mit Aussagen zurück. Die Grundsatzdebatte um europäische Werte, Traditionen und Realitäten verfolgen sie lediglich aus der Beobachterrolle. Kurz formuliert: „Eine europäische Zivilgesellschaft existiert noch nicht“ (Gellner/Glatzmeier 2005, 8).

Die Akteursstruktur der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um ein europäisches Selbstverständnis ist dahingehend zu charakterisieren, dass wissenschaftliche Protagonisten in den Vordergrund drängen und unter vereinzelt Kunstschaffenden prominente Fürsprecher ihres Anliegens finden, während weite Teile der Gesellschaft nicht aktiv in den Prozess der Formulierung der europäischen Idee einzugreifen versuchen. Der Diskurs um eine europäische Identität ist weit davon entfernt, ein „Europa der Bürger“ im Sinne einer „Massenbewegung“ zu sein, sondern geriert sich als elitärer Elitendiskurs, der selbst Vertretern weiter Teile Europas – vor allem auch der neuen Mitgliedsstaaten – weitgehend verschlossen bleibt. Vom „gescheiterten Konzept“ des europäischen Bürgers (Gellner/Glatzmeier 2005, 10) zu sprechen, scheint angesichts dieses Befundes durchaus berechtigt.

Bewertung

Politische wie gesellschaftliche Akteure sind sich einig in der Überzeugung, dass eine europäische Öffentlichkeit notwendig ist, um eine europäische Identität zu etablieren. Wie eine solche Öffentlichkeit herzustellen ist, darüber herrscht geteilte Ratlosigkeit, nachdem selbst infolge der von Habermas/Derrida geäußerten Kritik am „Versagen“ der Intellektuellen die Genese einer europäischen Öffentlichkeit nicht zu beobachten ist.

Dass der Befund derart ernüchternd ausfällt, obwohl sich die Politik seit Jahrzehnten um einen europäischen Dialog bemüht und mit Jürgen Habermas und Jacques Derrida zwei intellektuelle „Schwergewichte“ ihr Gewicht in die Waagschale geworfen haben, ist verschieden zu begründen:

- Die Öffentlichkeitsarbeit der EU kennt bis heute kein wirksames Instrument, Diskussionen zu Europa nationalstaatlich zu entgrenzen. Im Spannungsfeld europäischer Öffentlichkeit und einem „Europa der Bürger“ setzt sie beinahe gänzlich auf Informationen und Diskussionen zu Europa vor Ort. Damit die Bürger Europas aber auch grenzüberschreitend ins Gespräch kommen, ist mehr nötig, als nur halbherzige Versuche wie der von der EU jüngst verfolgte Fokus auf das Internet als Kommunikationsplattform (vgl. das Kapitel „Europa der Nationen und Regionen“).
- Die EU wird im Diskurs um eine europäische Identität nur mehr bedingt als Autorität wahrgenommen. „Agenda setting“ zu betreiben, gelingt ihr nur noch bedingt. Selbst die intellektuelle Elite reagiert in ihren Beiträgen kaum noch auf das Identitätsangebot der Politik, sondern vielmehr auf konkrete Ereignisse, die sie als Herausforderung ihres eigenen europäischen Selbstverständnisses betrachten. Dass diese Ereignisse wie im Fall Habermas/Derrida der Irakkrieg und im Fall Beck/Giddens die ablehnenden Referenden zur europäischen Verfassung darstellten, zeigt, dass Europa aktuell in der Öffentlichkeit weniger in einem kontinuierlichen diskursiven Suchen von Politik

und Gesellschaft konstruiert wird, sondern Krisensituationen der EU europäische Identitätsfindung veranlassen. Die Union wird nicht als Impulsgeber dieses Prozesses begriffen.

- Diskussionen um die konkrete Ausgestaltung europäischer Identität sind vielfältig. Meist konzentrieren sie sich auf die Frage der historischen Wurzeln Europas und inwieweit diese für das europäische Selbstverständnis nötig sind. Die unscharfe Identitätspolitik des kleinsten gemeinsamen Nenners der EU suggeriert jedoch, dass sie mit Intellektuellen jedweder Couleur im gleichen Boot sitzt. Einigkeit herrscht über die Notwendigkeit einer europäischen Identität wie einer europäischen Öffentlichkeit und darüber, dass beide bislang nicht ausreichend ausgeprägt sind. Bezüglich der Frage, wie diesen Missständen zu begegnen ist, vermeidet die Identitätspolitik der EU jedoch jegliche Festlegung. Ihre Identitätsangebote sind derart unkonkret sowie unbestimmt in der Begründung, dass sich jeder intellektuelle Ansatz andocken lässt. Für eine europäische Identität, die als Dach unterschiedlicher Interessen zu fungieren hat, ist diese Eigenschaft positiv als Flexibilität zu kennzeichnen. Dadurch, dass sie aber kaum einen Konsens zwischen Politik und Gesellschaft in der Formulierung europäischer Identität aufzuzeigen vermag, suggeriert sie auch die Vorstellung, dass bezüglich der grundsätzlichen Positionierungen kein Diskussionsbedarf bestehe. Ein europaweit beachteter Austausch zwischen gesellschaftlichen und politischen Akteuren wie etwa bei der Rede von Günter Grass vor dem Europarat im Oktober 2000 (Grass 2000) ist entsprechend selten zu beobachten.
- Legt man schließlich den identitätstheoretischen Maßstab an, wonach eine ausgeprägte Verbundenheit mit einem Raum auch zu einem Engagement für und in diesem Raum führt (u.a. Weigl/Zöhrer 2005), ist in dem geringen Engagement der Eliten im öffentlichen Raum abermals ein Indiz dafür zu sehen, dass ihre europäische Identität noch nicht so stark ausgeprägt ist, dass sie jenseits weniger Kontexte Handlungsimpulse initiieren könnte (vgl. das Kapitel „Europa der Bürger“).

Der Theorie nach sollte dieser grenznegierende Diskurs von unten angestoßen und organisiert werden müssen (Habermas 1990). In der Realität aber scheint der EU doch eine Schlüsselrolle als Initiator zuzukommen, auch wenn sie sich dabei einem Dilemma ausgesetzt sieht. Dem Grundsatz des „Europas der Bürger“ verpflichtet muss sie ihre Überzeugungsarbeit mit Hilfe der Politik wie der Zivilgesellschaft in unzähligen Informations- und Diskussionsveranstaltungen vor Ort leisten. Eine europäische Öffentlichkeit aber ist derart nicht herzustellen. Darüber hinaus belegt der „Plan D“ (vgl. das Kapitel „Europa der Bürger“), dass im Angesicht der widrigen Umstände die Nationalstaaten auch in öffentlichen Debatten um Europa ihre Renaissance feiern (vgl. auch Korte 1993), oder, anders formuliert: die Hoffnung, die Union könne mittelfristig eine europäische Öffentlichkeit stiften bzw. initiieren, scheint wenig real. Auch die Kommission selbst verabschiedet sich bereits in Raten von diesem Anspruch: „Man kann die Verteidigung der europäischen Idee nicht den paar Europainstitutionen und den Mitgliedern der Kommission überlassen. Das ist eine nationale Aufgabe, und sie muss ernst genommen werden“ („Europa ist dort stark, wo es gemeinsam handelt“, Rede von Günter Verheugen an der Humboldt Universität Berlin, 30.06.2005).

Tabelle 5: Übersicht „Europa der Öffentlichkeit“

Herausforderung	Befund	Reaktion		Bewertung
		Akteur	Initiativen und Einstellungen (Auswahl)	
<ul style="list-style-type: none"> Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit Transnationalisierung europäischer Diskurse 	<ul style="list-style-type: none"> Bislang nur europäische Teilöffentlichkeiten, jedoch keine europäische Öffentlichkeit zu identifizieren Gesellschaftliche Diskurse selbst nicht als gesamt-europäisch zu bewerten 	EU	<ul style="list-style-type: none"> Europäische Jahre (1983) Europäische Kulturhauptstädte (1985) Sacharow-Preis (1988) Dialog über Europa (2000) Zukunft der Europäischen Union (2001) Förderungsprogramme zur Herstellung europäischer Teilöffentlichkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> Herstellung europäischer Öffentlichkeit „von unten“ erscheint unrealistisch Image der EU steht ihrer möglichen Rolle als Initiator europäischer Öffentlichkeit entgegen
		Nationale politische Akteure	Weitgehende Verharrung in nationalen Diskurs zusammenhängen	
		Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> Außerhalb medialer Nischen keine Träger einer europäischen Öffentlichkeit Weitgehende Einigkeit über Notwendigkeit europäischer Öffentlichkeit zur Herstellung europäischer Identität Habermas/Derrida: europäische Öffentlichkeit „von unten“ als Elitenprojekt (2003) 	

Synopse und Handlungsempfehlungen

Auf die Frage, was eine europäische Identität ausmacht, geben Politik und Gesellschaft, Intellektuelle und Bürger der Europäischen Union sowie ihrer Nationalstaaten und Regionen unterschiedliche Antworten. Eine europäische Identität befindet sich noch im Stadium ihrer diskursiven Aushandlung, in dem nicht allein über ihre konkreten Inhalte, sondern auch ihre strukturelle Beschaffenheit gerungen wird. Gleichzeitig aber wird deutlich, dass sich allein der Wunsch nach einem europäischen Selbstverständnis bereits konkret im Handeln europäischer Politik und Gesellschaft widerspiegelt.

Die Wissenschaft stellt zur Erklärung und Analyse solcher kollektiver Identitäten im Wesentlichen drei Modelle zur Verfügung: „Kulturelle Identität“ als Verweis auf die „Imagination einer in die Tiefe der Zeit zurückreichenden Kontinuität“ der Gruppe (Assmann 2000, 133), „soziale Identität“ als Verweis auf die alteritär-diskursive Aushandlung von Identität und die Einbettung von Individuen in Gruppen (Tajfel 1978; Turner 1987) sowie politische Identität als Verweis auf die Herausbildung eines Selbstverständnisses durch Erleben der unmittelbaren politischen und gesellschaftlichen Realität (Meyer 2004).

Alle diese Ansätze stellen wichtige Analysekatoren zur Durchdringung kollektiver Identitäten zur Verfügung. Die Komplexität des realen Ringens um eine europäische Identität jedoch vermag keiner von ihnen für sich allein genommen abzubilden. Nicht nur die politischen, sondern auch die gesellschaftlichen Akteure, welche sich öffentlichkeitswirksam zu Wort melden, vertreten nur in den seltensten Fällen einen dieser Ansätze allein. Auch haben sich bislang keine dominanten Denkschulen europäischer Identität etabliert: widersprechen sich verschiedene Modelle in zentralen Punkten, stimmen sie doch in anderen überein. Die Gräben, welche die Ausdifferenziertheit des Gegenstandes offenbaren, verlaufen dabei vor allem entlang der Fragestellung, wie ein Europa einigendes Band geknüpft sein kann oder ob nicht vielmehr die Vielfältigkeit Europas in den Mittelpunkt europäischen Selbstverständnisses gerückt werden sollte. Alle Aspekte, welche eine europäische Identität kennzeichnen, werden tatsächlich nur von den wenigsten Autoren in Stringenz argumentativ entfaltet. Lediglich die Vorstellung eines „kosmopolitischen Europas“, wie sie vor allem von Ulrich Beck und Edgar Grande ausformuliert wurde, kann sich bis dato rühmen, einen Gesamtentwurf europäischer Identität darzubieten. Weitgehende konsistente Vorstellungen europäischen Selbstverständnisses finden sich ferner bei Timothy Garton Ash und André Glucksmann (vgl. weiterführend – ohne Anspruch auf Vollständigkeit - Tabelle 6).

Auch die Politik ergeht sich vor diesem diffusen Hintergrund der intellektuellen Auseinandersetzung in Stückwerk. Die nationalen Akteure erweisen sich dabei selten als Verfechter einer europäischen Identität, die über inhaltsleere Beschwörungsformeln hinausgeht. Im Kampf um die Deutungshoheit über Europa stellen die nationalen Identitäten ihr Rückzugsgebiet dar, auf dem sie sich bislang wirkungsvoll gegen die vermeintliche europäische Konkurrenz verschanzen. Diese Frontstellung nationaler und europäischer Selbstverständnisse zu überwinden, erscheint als die größte Herausforderung europäischer Identitätspolitik.

Die Handlungsempfehlungen an die europäische Politik sind sowohl inhaltlicher wie strategischer Art:

Leitbild europäischer Identität: Die Europäische Union ist derzeit kaum in der Lage, im Ringen um ein europäisches Selbstverständnis „agenda setting“ zu betreiben. Der EU aber muss an der Rolle des Initiators und Impulsgebers dieses Diskurses schon deshalb

gelegen sein, da es nicht in ihrem Interesse sein kann, auf Vorstellungen Dritter reagieren zu müssen, statt selbst agieren zu können. Der Anspruch der EU, für Europa zu sprechen, schließt auch ein, Europas Identität gestalterisch zu entwerfen.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, darf die EU die Deutungshoheit über Europa künftig nicht mehr wie im „Plan D“ an die Mitgliedsstaaten und deren nationale Diskurse zu Europa delegieren. Vielmehr muss sie selbst als Formulator eines europäischen Selbstverständnisses in Erscheinung treten, welches dann europaweit zur Diskussion gestellt wird. Allerdings wird es der EU kaum gelingen, eine solche Debatte mit ihrem aktuellen Identitätsangebot, wie es in der europäischen Verfassung dokumentiert ist, zu entfachen. Ihren Aussagen zu einem europäischen Selbstverständnis fehlt es an Profil sowie an Ecken und Kanten, an dem sich eine lebhafte Diskussion entzünden könnte.

Bislang vermeidet es die EU aufgrund des notwendigen Interessenausgleiches zwischen ihren Mitgliedsstaaten, mehr als nur unverbindliche Aussagen zu Europas Identität zu treffen. Die bislang als inhaltlicher Impulsgeber der Debatte kaum in Erscheinung getretene Kommission könnte dem ein „Leitbild Europäischer Identität“ gegenüberstellen, das sie in einer vorläufigen Fassung öffentlich zur Diskussion stellt. Kern dieses Leitbildes müsste eine Zukunftsvision für Europa in historischer Kontinuität sein, welche ganz bewusst auch diejenigen Aspekte europäischer Identität thematisiert, die in der aktuellen Debatte besonders umstritten sind (etwa die Europa zugrunde liegenden historischen Wurzeln). Dadurch, dass die Kommission gerade zu solchen Aspekten europäischer Identität Stellung bezieht und sich eindeutig positioniert, würde sie Widerspruch provozieren und eine Diskussion anregen, deren Schwerpunkte sie selbst durch ihre Positionierungen zu bestimmen vermag. Außerdem müsste dieses Leitbild besonders darum bemüht sein, jene Aspekte zu artikulieren, welche bislang sowohl von Seiten der Politik wie aus Reihen der Gesellschaft vernachlässigt wurden, also beispielsweise den Versuch wagen, eine europäische Identität zu konstruieren, welche die Selbstverständnisse und historischen Erfahrungen auch der neuen Mitgliedsstaaten Ost- und Mittelosteuropas konstitutiv mit einschließt.

Roundtable europäischer Medien: Erfolgreich können solche Initiativen nur dann sein, wenn sie die nationale Begrenztheit der bisherigen Diskurse zu Europa und seiner Identität sprengen. Zu warten, bis sich eine europäische Öffentlichkeit „von unten“ heraus organisiert, scheint angesichts der Lethargie der intellektuellen Elite aber wenig sinnvoll. Außerdem muss es im Sinne der Europäischen Union sein, nicht nur in der Aushandlung der Inhalte einer europäischen Identität eine Führungsrolle einzunehmen, sondern auch die Struktur dieses Aushandlungsprozesses mitbestimmen zu können.

Die bisherigen Versuche, nationale Diskurse zu Europa allein über das Internet zusammen zu führen, hat sich in seiner Breitenwirkung als wenig erfolgreich erwiesen. Stattdessen muss die Europäische Union in ihre Bemühungen um eine europäische Identität und Öffentlichkeit mehr als bislang die Massenmedien und hier im Besonderen Tageszeitungen zu involvieren versuchen. Um auszuloten, wie diese Zielsetzung konkret umgesetzt werden könnte, sollte zuerst ein „Roundtable europäischer Medien“ einberufen werden, der die Entscheidungsträger aller bedeutenden Medien Europas versammelt. Ziel dieser Initiative müsste es sein, mehr Raum für Europa in der Berichterstattung zu gewinnen, wobei beispielsweise an wöchentlich erscheinende Sonderseiten zu denken ist, die herausragende Diskussionsbeiträge zum Thema „Europäische Identität“ aus anderen europäischen Staaten dokumentieren. Letztendlich könnte die EU auch darüber

nachdenken, selbst als Herausgeber einer in allen europäischen Staaten erscheinenden Wochen- oder Monatsschrift in Erscheinung zu treten, welche Europa zu vermitteln sucht und die Diskussion zu Europa bündelt.

Profilierung europäischer Alltage: Eine derartige Korrektur der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit der EU würde darauf abzielen, eine europäische Identität in einer als Multiplikator angesehenen intellektuellen Elite zu etablieren. Möchte sich Europa aber auch erfolgreich in den Köpfen der Bürger einnisten, muss es sich aufdrängen und im Alltag unentbehrlich machen. Hierzu zählt einerseits die Umsetzung der im „Plan D“ angeregten Maßnahmen zur Verringerung des Demokratie- und Transparenzdefizites der EU. Auch sollte eine Debatte über das Selbstverständnis der bislang lediglich als Zusammenfassung nationaler Parteiorganisationen agierenden europäischen Parteien, in deren Reihen Forderungen nach einer Emanzipation von den nationalen Mutterparteien aber immer lauter zu vernehmen sind, geführt werden (Kießling 2005). Als konkrete Maßnahmen in dieser Hinsicht plädiert beispielsweise Ludger Kühnhardt für gemeinsame europäische Wahlprogramme und in allen EU-Staaten gleichermaßen gültige Kandidatenlisten zu den Wahlen zum Europäischen Parlament (Kühnhardt 2005, 7).

Mindestens ebenso wichtig wie solche Maßnahmen aber wären andererseits auch Aktionen, die Europa emotionalisieren und so das affektive Moment von Identität anzusprechen vermögen. Eine Boulevardzeitung formulierte beispielsweise einmal die berechtigte Frage, warum nicht das bekannteste Symbol der EU, seine Flagge, bei allen europäischen Sportveranstaltungen wie Europameisterschaften oder der UEFA Champions League präsentiert wird. Solche und ähnliche Maßnahmen, welche Europa zur Selbstverständlichkeit auch im Alltag machen würden und die Bürger gerade dort mit Europa konfrontierten, wo sie es nicht erwarten, gelte es für die Etablierung einer europäischen Identität zu befördern. Bedeutsam dabei ist, dass die alltäglichen Kontexte, in denen die EU und Europa für die Bürger präsent sind, an Zahl zunehmen, so dass beispielsweise auch zu fordern ist, dass alle Maßnahmen vor Ort, die mit Mitteln der EU finanziert worden sind (so im Rahmen von Interreg-Förderprogrammen) auch tatsächlich als solche in Wort und Symbolik kommuniziert werden. Dem Bürger gilt es durch derartige Schritte zu verdeutlichen, dass Europa bereits jetzt vor seiner Haustüre stattfindet und ihm dieses Europa bereits heute konkreten Nutzen bringt.

Alle diese Maßnahmen erfordern wie die Etablierung einer europäischen Identität an sich einen langen Atem. Identitäten sind nicht handstreichartig zu modifizieren oder zu konstruieren. Ohne die Erarbeitung einer Strategie europäischer Identität, welche neben kurzfristigen Zielsetzungen auch mittel- und langfristig denkt, ist die nachhaltige Etablierung europäischer Identität aber nicht denkbar.

Tabelle 6: Übersicht über das Verständnis europäischer Identität ausgewählter gesellschaftlicher Akteure

Akteur	Kennzeichen europäischer Identität			
	Europa der Bürger	Europa der Nationen und Regionen	Europa der Vergangenheit und Zukunft	Europa der Öffentlichkeit
Europa Union Deutschland („Charta der europäischen Identität“)	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als Lebensgemeinschaft, welche dem Bürger die Möglichkeit geben müsse, „stärker am, europäischen Einigungsprozess mitzuwirken“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Vielfalt Europas bei gemeinsamen (historisch begründeten) Werten 	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als Wertegemeinschaft • Europas Wurzeln in Antike und Christentum, Fortentwicklung der Werte in Renaissance, Humanismus und Aufklärung führten letztlich zu Demokratie, Grund- und Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit • Durchsetzung von europäischen Werten nach Lehren 20. Jh. 	
Habermas (D) / Derrida (F)	<ul style="list-style-type: none"> • Konzept Europäische Öffentlichkeit von unten versteht sich vor allem als Elitenprojekt 	<ul style="list-style-type: none"> • Kerneuropa-Konzept schließt Deutungshoheit zu Europa für wenige ein • Europa als Widerpart zum „hegemonialen Unilateralismus“ der USA 	<ul style="list-style-type: none"> • friedliches, kooperatives, offenes und dialogfähiges Europa der sozialen Gerechtigkeit und des gezähmten Kapitalismus • Überwindung bellizistischer Historie im 20. Jh. begründet Zukunftsvision und ist Verpflichtung für Politik 	<ul style="list-style-type: none"> • Einforderung einer Europäischen Öffentlichkeit von unten, die sich über kulturelle Identität verständigt
Beck (D) / Giddens (GB)		<ul style="list-style-type: none"> • „Kosmopolitisches Europa“ der toleranten Vielfalt bei Notwendigkeit der Nationalstaaten • „Kosmopolitisches Europa“ soll wichtiger globaler Akteur werden in Konkurrenz zu USA 	<ul style="list-style-type: none"> • Zivilisatorischer Erfolg im 20. Jh. begründet Zukunftsvision und ist Verpflichtung für Politik 	<ul style="list-style-type: none"> • Einforderung einer Europäischen Öffentlichkeit
Etienne Bali- bar (F)	<ul style="list-style-type: none"> • Innere Einheit bedingt Integration nichteuropäischer Ausländer 	<ul style="list-style-type: none"> • Europäischer Schmelztiegel, der auf Perpetuierung und Vervielfachung der Nationalitäten beruht • Konkurrenz Europa – USA 	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Einigung als „historisches Projekt“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Notwendigkeit selbständigere Initiativen des Denkens und Handelns „von unten“

Akteur	Kennzeichen europäischer Identität			
	Europa der Bürger	Europa der Nationen und Regionen	Europa der Vergangenheit und Zukunft	Europa der Öffentlichkeit
André Glucksmann (F)	<ul style="list-style-type: none"> • Kritik an „intellektuellem Narzissmus“ • Bürger verabscheuen kosmopolitische Bürokratie der EU -> Ablehnung des Europa der 25 • Europa als zivilgesellschaftliche Bewegung 	<ul style="list-style-type: none"> • Kritik an nationalstaatlicher Interessendrucksetzung im Gewand Europas • Kritik an Abgrenzung zur USA wegen Missachtung ost- und mitteleuropäischer Empfindlichkeiten bei gleichzeitiger Kritik an aktueller US-Außenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • „Die europäische Identität, das ist dieser Wind der Freiheit, der zwischen Kiew und Tiflis noch nie so kräftig blies wie jetzt [orangene Revolution Ukraine].“ 	
Günter Grass (D)	<ul style="list-style-type: none"> • Kritik an Demokratiedefizit der EU 	<ul style="list-style-type: none"> • Betonung der Vielfalt in der Einheit • Kritik an Kerneuropa-Konzepten (Mitte Europas nicht Paris, sondern Prag) • Stärkere Betonung der Regionen als Gegengewicht zu Brüssel • Abgrenzung Europa – USA 	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als kulturelles Projekt • gemeinsame kulturelle Entwicklungen, Mischungen „dieser und jener Art“, Einflüsse über Jahrhunderte hinweg 	
Bassam Tibi (D)		<ul style="list-style-type: none"> • Betonung der Notwendigkeit eines Europa einigenden Bandes • Einforderung eines kritischen Dialoges mit dem Islam 	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als Werte- und Normgesellschaft (kulturelle Identität) • Geist der Aufklärung 	<ul style="list-style-type: none"> • Einforderung einer Europäischen Öffentlichkeit (Leitkulturdebatte)
Peter Sloterdijk (D)		<ul style="list-style-type: none"> • Abgrenzung von USA als „Geschäftsführer des [kulturellen] europäischen Zentralprojektes“ aufgrund verschiedener Entwicklungen (u.a. Religionsverständnis, Demokratieverständnis) • Notwendige Emanzipation Europas von USA 	<ul style="list-style-type: none"> • Europa durch Lehren 20. Jh. angekommen in post-unilateraler, post-historischer und globalisierter Welt • Quelle europäischen Selbstbewusstseins im postheroischen und postimperialen Lebens- und Politikstil Europas 	

Akteur	Kennzeichen europäischer Identität			
	Europa der Bürger	Europa der Nationen und Regionen	Europa der Vergangenheit und Zukunft	Europa der Öffentlichkeit
Gianni Vattimo (I)		<ul style="list-style-type: none"> • Wunsch nach stärkerer weltpolitischer Rolle in Abgrenzung zu USA (u.a. Religionsverständnis, Staatsverständnis, Demokratieverständnis) begründet durch Werteverständnis 	<ul style="list-style-type: none"> • Fehlen „natürlicher“ Grundlagen eines europäischen Nationalbewusstseins -> Europäische Identität kann nur „kulturelle Identität“ sein • Europäer zu sein eine Besonderheit, die mehr ist als Zugehörigkeit • soziales Gen Europas hat seine kulturellen Grundlagen bewahrt 	<ul style="list-style-type: none"> • Einforderung einer Europäischen Öffentlichkeit
Furio Cerruti (I)	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Idee vermag Menschen nicht auf ein Ziel zu verpflichten • Einforderung demokratische Öffentlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Betonung der Vielfalt 	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung kultureller Identität, stattdessen politische Identität 	
Giovanni Reale (I)	<ul style="list-style-type: none"> • Einforderung einer Zivilgesellschaft des konstruktiv tätigen „europäischen Menschen“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Betonung der Notwendigkeit eines Europa einigenden Bandes 	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Wurzeln griechische Kultur, christliche Botschaft und „die große wissenschaftliche Revolution“ 	
Fernando Savater (ES)		<ul style="list-style-type: none"> • Betonung der europäischen Vielfalt (Pluralismus) • Wunsch nach stärkerer weltpolitischer Rolle aufgrund Europa als zivilisierendes Projekt 	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als „zivilisierendes Projekt“ als Lehre des 20. Jh. • Zivilisieren mehr als modernisieren (auch Menschlichkeit als Schöpfung aller respektieren) • Grundlage v.a. Aufklärung 	<ul style="list-style-type: none"> • Einforderung einer Europäischen Öffentlichkeit
Augustin Villarta Pareja (ES)		<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung einer exklusiven europäischen Identität -> Ablehnung eines Anderen für Identitätskonzeption 	<ul style="list-style-type: none"> • Besondere Betonung des Verständigungsprozesses über gemeinsame Werte 	
Tariq Ali (GB)		<ul style="list-style-type: none"> • Stärkeres außenpolitische Engagement Europas • Abgrenzung zur USA • Europa wird von Außen (Asien, Afrika) nicht als Einheit wahrgenommen 	<ul style="list-style-type: none"> • Föderales und soziales Europa 	<ul style="list-style-type: none"> • „Europa der Bewegungen“ (Antikriegsbewegung etc.) zeigt bislang keine gesellschaftlichen Alternativen auf

Akteur	Kennzeichen europäischer Identität			
	Europa der Bürger	Europa der Nationen und Regionen	Europa der Vergangenheit und Zukunft	Europa der Öffentlichkeit
Timothy Garton Ash (GB)	<ul style="list-style-type: none"> • Klage, dass emotionale Identifikation der Bürger mit EU weitgehend fehlt 	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung eines Anderen für eine europäische Identitätskonzeption -> Kritik an Habermas/Derrida: „europäischer Nationalismus“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Europäisches Modell des friedlichen Regierungswechsels und der friedlichen intra- und internationalen Konfliktlösung 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung Symbolik (u.a. Text Hymne) • Stärkung einer europäischen Öffentlichkeit (z.B. Medien)
Will Hutton (GB)		<ul style="list-style-type: none"> • Kritik an Divergenz zwischen europäischer Realität und nationalem Identitäts-Rückzug • Abgrenzung zu USA (wohlfahrtsstaatliche Konzept) 	<ul style="list-style-type: none"> • Europäisches Modell der ökonomischen Produktivität verbunden mit wohlfahrtsstaatlicher Einhegung sozialer Konflikte • skeptische Haltung gegenüber Religion 	
Václav Havel (CZ) [Mittler zwischen Politik und intellektueller Elite]	<ul style="list-style-type: none"> • Klage, dass Menschen Europa kaum als ihr Vaterland oder ihre Heimat empfinden (Patrioten) 	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung von Konzepten weltpolitischer Profilierung Europas 	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als Ensemble zivilisatorischer Werte (begriffen als Demokratie, Rechtsstaat, Bürgergesellschaft) mit Wurzeln in Antike und Christentum • Sittliches Fundament als Verpflichtung für Politik 	
Bronislaw Geremek (PL) [Mittler zwischen Politik und intellektueller Elite]	<ul style="list-style-type: none"> • neue antieuropäische Stimmung (in Bezug Referenden) wird als Forderung nach einem anderen europäischen Modell verstanden („Alter-Europäismus“) 	<ul style="list-style-type: none"> • Betonung der Einheit europäischer Kultur, die neben europäischer Vielfalt besteht 	<ul style="list-style-type: none"> • Freiheit (Bezugnahme u.a. auf Berlin 1953, Budapest 1956, Prag 1968, Danzig 1980, Kiew 2004), Antitotalitarismus, Solidarität, Individualität und Unternehmergeist (jeweils in historischer Reflexion) 	<ul style="list-style-type: none"> • Forderung nach organisatorischen Rahmen für Debatte europäischer Zivilgesellschaft, nationaler Parlamente und paneuropäischer Massenmedien
Adolf Muschg (CH)	<ul style="list-style-type: none"> • Europa für Bürger Teil ihrer Realität • Bürger scheinen Identität nicht zu vermissen, daher Vermittlung Aufgabe der Intellektuellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Betonung der Vielfalt und des notwendigen Verständnisses für den Unterschied • Einforderung eines global „gesellschaftsfähigen“ Europas 	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als kulturelles Projekt, das anspruchsvolles kulturelles Repertoire benötigt 	<ul style="list-style-type: none"> • Einforderung einer Europäischen Öffentlichkeit

Auswahlbibliographie

Aderhold, L./R. Scholz (Hrsg.): Europa der Bürger? Nach der Euro-Einführung und vor der EU-Erweiterung. Zwischenbilanz und Perspektiven, Köln 2002.

Adonnino, P.: A People's Europe. Report from the ad hoc Committee, Bulletin of the European Communities, Suppl. 7/85, Luxembourg 1985.

Allport, G. W.: The Nature of Prejudice, Reading/MA 1954 (dt. Übersetzung unter dem Titel Die Natur des Vorurteils. Köln 1971).

Anderson, B.: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes, Frankfurt a. M. 1988.

Ash, Timothy Garton: Europäische Herztöne, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 2/2005.

Assmann, J.: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, (3. Aufl.) München 2000.

Austen, Steve: Kulturstadt Europas – Ein Auslaufmodell? Magnet für pralle Urlaubskassen, in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 2/1998.

Bach, M.: Die Bürokratisierung Europas. Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation in Europa, Frankfurt a. M. /New York 2000.

Bauer, M./A. Metz/S. Seeger: Der Plan D der Europäischen Kommission und die Reflexionsphase zur Verfassung und Zukunft der Europäischen Union, München 2005.

Beck, U./A. Giddens: Ein blau-gelbes Wunder. Die Zukunft der EU und ihrer Nationen. Ein Aufruf zur euopaweiten Diskussion, in: Süddeutsche Zeitung v. 1./2./3.10.2005.

Beck, U./E. Grande: Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne, Frankfurt a. M. 2004.

Bennet, C.: Yugoslavia's Bloody Collapse. Causes, Course and Consequences, New York/London 1995.

Benz, A.: Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union, in: M. Jachtenfuchs/B. Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration, (2. Aufl.) Opladen 2003, S. 317-351.

Bierling, S.: Sicherheitspolitik, in: W. Weidenfeld/K.-R., Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Frankfurt a. M. /Bonn 1999, S. 666-680.

Bossi, T.: Die Grundrechtecharta. Wertekanon für die Europäische Union, in: Weidenfeld 2001a, S. 203-242.

Brachinger, H. W.: Der Euro als Teuro? Die wahrgenommene Inflation in Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik, 9/2005, S. 999-1013.

Brodský, J.: The Czech Experience of Identity, in: Drulák, National and European Identities, S. 21-38.

Brusis, M.: European and National Identities in the Accession Countries. The Role of the European Union, in: Drulák, National and European Identities, S. 195-207.

Büchner, B.: Die Europäische Gemeinschaft in der öffentlichen Meinung. Dänemark, Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik Deutschland im Ländervergleich, Münster u.a. 1994.

Burgoyne, C. B./D. A. Routh: National Identity, European Identity and the Euro, in: K. Cameron (Hrsg.): National Identity, Exeter 1999, S. 107-124.

Cerutti, Furio/Enno Rudolph (Hrsg.): A Soul For Europe. On the Political and Cultural Identity of the Europeans, Leuven 2001.

Delanty, G.: Inventing Europe: Idea, Identity, Reality, London 1995.

Drulák, P. (Hrsg.): National and European Identities in EU Enlargement. Views from Central and Eastern Europe, Prague 2001.

Dürr, K.: Die Europäisierung der Demokratiebildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/2005, S. 16-20.

Eder, K.: Öffentlichkeit und Demokratie, in: M. Jachtenfuchs/B. Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration, (2. Aufl.) Opladen 2003, S. 85-120.

Elias, N.: Die Gesellschaft der Individuen, Frankfurt 1987.

Erbring, L. (Hrsg.): Kommunikationsraum Europa, Konstanz 1995.

Erikson, E. H.: Identität und Lebenszyklus, (7. Aufl.) Frankfurt a. M. 1981 (Originalausgabe 1959).

Europa-Union Deutschland: Charta der Europäischen Identität. Beschlossen in Lübeck am 28. Oktober 1995 vom 41. Ordentlichen Kongress der Europa-Union Deutschland, o.O. 1995, online: URL: <http://www.europa-union.de/>.

Festinger, L.: A theory of social comparison processes, in: Human Relations, 7/1954, S. 117-140.

Fischer, J.: Vom Staatenverbund zur Föderation. Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. Rede an der Humboldt-Universität Berlin am 12. Mai 200, online: URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/>.

Foucault, M.: The discourse on language, In: H. Adams/L. Searle (Hrsg.): Critical Theory Since 1965, Tallahassee 1971, S. 148-62.

Franzius, C./U. Preuss (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit, Baden-Baden 2004.

Friese, H.: Identität. Begehren, Name und Differenz, in: dies./A. Assmann (Hrsg.): Identitäten, Frankfurt a. M. 1998, S. 24-43.

Fuhrer, U.: Cultivating minds. Identity as meaning-making practice, London 2004.

Gaulle, C. de, Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958-1962, Wien 1971.

Gellner, W./A. Glatzmeier: Die Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/2005, S. 8-15.

Gerhards, J.: Europäische Werte – Passt die Türkei kulturell zur EU?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B-38/2004, S. 14-20.

Giesen, B.: Europa als Konstruktion der Intellektuellen, in: Viehoff/Segers (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa, S. 133-146.

Glucksmann, André: Das Land der Europa-Nihilisten, in: Die Welt v. 01. Juni 2005.

Gow, J.: Triumph of the Lack of Will. International Diplomacy and the Yugoslav War, London 1997.

Grass, G.: Europa hat eine Verantwortung. Rede vor dem Europarat am 11.10.2000, online: URL: <http://netzwerk-regenbogen.de/GrassEuropa.html>.

Gruša, Jiří: „Nur Tiere verzeihen nicht“. Gespräch mit Botschafter Jiří Gruša, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 12/2002.

Habermas, J.: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt a. M. 1962.

Habermas, J.: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, (5. Aufl.) Frankfurt a. M. 1990.

Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung, Frankfurt a. M. 1992.

Habermas, J.: Why Europe needs a constitution, in: New Left Review, 11/2001, S. 5-26.

Habermas, J./J. Derrida: Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 31.05.2003.

Habermas, J.: Europa ist uns über die Köpfe hinweggerollt, in: Süddeutsche Zeitung v. 06.06.2005.

Hall, S./P. du Gay (Hrsg.): Questions of Cultural Identity, London 1996.

Havel, V.: Rede des Präsidenten der Tschechischen Republik anlässlich der Eröffnung des Neuen Menschenrechtsgebäudes in Straßburg am 29. Juni 1995, Anlage zu: Deutscher Bundestag: Drucksache 13/2139 vom 14.08.1995.

Havel, V.: The Hope of Europe, in: The New York Review of Books v. 13.08.1996.

Heidenreich, M.: Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1/2003, S. 31-58.

Hoover, K.R./J. Marcia/K. Parris: The Power of Identity: Politics in a New Key, Chatham 1997.

Hormuth, S. E.: The ecology of the self. Relocation and self-concept change, Cambridge 1990.

Immerfall, S.: Europäische Integration und europäische Identität, in: T. Henschel/S. Schleising (Hrsg.): Europa am Wendepunkt. Von „Euro-Land“ zu einer europäischen Bürgergesellschaft?, München 2000, S. 6-12.

- Joas, Hans/Klaus Wiegandt (Hrsg.): Die kulturellen Werte Europas, Frankfurt a. M. 2005.
- Kertész, Imre: Wenn die Freudenfeuer verglimmen. Rede beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2003 in Magdeburg, in: Neue Zürcher Zeitung v. 4./5. Oktober 2003.
- Keupp, H. u.a.: Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne, (2. Aufl.) Hamburg 2002.
- Kielmansegg, Peter Graf: Integration und Demokratie, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen 1996, S. 47-72.
- Kiss, L.: Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa, München 2004.
- Komlosy, A. /J.-P. Lehnens: Einleitung, in: Region und regionale Identität. Beiträge zur historischen Soziologie, 2/1997.
- Kreckel, R.: Soziale Integration und nationale Identität, in: Berliner Journal für Soziologie, 4/1994, S. 13-20.
- Kriesi, H. (Hrsg.): Nation and National identity. The European Experience in Perspective, Zürich 1999.
- Kühnhardt, L.: Quo Vadis Europa?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/2005, S. 3-7.
- Le Goff, J.: Die Geburt Europas im Mittelalter, München 2004.
- Lepsius, M. R.: Prozesse der europäischen Identitätsstiftung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B-38/2004, S. 3-5.
- Lord, C. (Hrsg.): Yet Another Europe? Central Europe: Core or Periphery?, Kopenhagen 2000.
- Luhmann, N.: Inklusion und Exklusion, in: ders.: Soziologische Aufklärung, Bd. 6, Opladen 1995, S. 237-264.
- Mau, S.: Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B-38/2004, S. 38-46.
- Meyer, T.: Die Identität Europas. Der EU eine Seele?, Frankfurt a. M. 2004.
- Mokre, M./G. Weiss/R. Bauböck (Hrsg.): Europas Identitäten. Mythen, Konflikte, Konstruktionen, Frankfurt a. M./New York 2003.
- Münch, R.: Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft, Frankfurt a. M. 1993.
- Muschg, A.: Was ist europäisch? Reden für einen gastlichen Erdteil, München 2005.
- Neumann, I. B.: Uses of the „Other“. The „East“ in European Identity Formation, Minneapolis 1998.
- Nissen, S.: Europäische Identität und die Zukunft Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B-38/2004, S. 21-29.

Paterson, W. E./C. Jeffrey: Großbritannien nach dem Machtwechsel. New Labour, Devolution und Europapolitik, Sankt Augustin 1997.

Pfetsch, F. R.: Die Europäische Union. Eine Einführung. Geschichte, Institutionen, Prozesse, Stuttgart 2005.

Pollack, D.: Nationalismus und Europaskepsis in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B-38/2004, S. 30-37.

Reale, G.: Kulturelle und geistige Wurzeln Europas. Für eine Wiedergeburt des „europäischen Menschen“, Paderborn 2004.

Requate, J./M. Schulze Wessel (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2002.

Ross, J.: Die Geister des Pralinengipfels, in: Die Zeit, 24/2003.

Roughley, N.: Selbstverständnis und Begründung. Zum Status von Bezugnahmen auf die Identität des Handelnden bei moralischer Rechtfertigung, in: Annette Barkhaus (Hrsg.): Identität, Leiblichkeit, Normativität. Neue Horizonte anthropologischen Denkens, Frankfurt a. M. 1996, S. 245-273.

Schauer, H.: Nationale und europäische Identität. Die unterschiedlichen Auffassungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/1997, S. 3-13.

Schlögel, K.: Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang, München/Wien/Bonn 2002.

Schulze, H.: Europa: Nation und Nationalstaat im Wandel, in: W. Weidenfeld (Hrsg.): Europa-Handbuch, Gütersloh 1999, S. 49-75.

Sloterdijk, Peter: Ein anderes Europa?, in: EU Magazin, 7-8/1997, S. 8-11.

Spohn, W.: The Role of Collective Identities in the Eastern Extension of European Integration - A Western/Eastern European Comparison (Draft 2001), online: URL: <http://www.iue.it/RSCAS/Research/EURONAT/Spohncollid.doc>

Sternberger, D.: Verfassungspatriotismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23.05.1979.

Stourzh, Gerald (Hrsg.): Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung, Wien 2002.

Strath, B.: (Hrsg.): Europe and the Other and Europe as the Other, Brussels 2000.

Straub, J.: Personale und kollektive Identität. Zur Analyse eines theoretischen Begriffs, in: A. Assmann/H. Friese (Hrsg.): Identitäten, Frankfurt a. M. 1998, S. 73-104.

Tajfel, H.: Differentiation between Social groups, London/NewYork/San Francisco 1978.

Taylor, C.: Cross-purposes. The liberal-communitarian debate, in: N. L. Rosenblum (Hrsg.): Liberalism and the moral life, Cambridge 1989, S. 159-182.

Thalmaier, B.: Braucht die EU eine eigene Identität?, München 2005.

Tibi, B.: Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft, München 2000.

Turner, J. C. u.a.: Rediscovering the social group, Oxford 1987.

Viehoff, R./R. T. Segers (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion, Frankfurt a. M. 1999.

Wakenhut, R.: Nationales und europäisches Bewusstsein. Konzeptionelle Reflexionen und empirische Befunde zum Bewusstsein nationaler und europäischer Zugehörigkeit, in: H. Hahn (Hrsg.): Kulturunterschiede. Interdisziplinäre Konzepte zu kollektiven Identitäten und Mentalitäten, Frankfurt a. M. 1999, S. 251-270.

Weidenfeld, W.: Europäische Einigung im historischen Überblick, in: ders./W. Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, (7. Aufl.) Bonn 2000.

Weidenfeld, W. (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa, (2. Aufl.) Gütersloh 2001. [2001a]

Weidenfeld, W.: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die europäische Integration nach Nizza, in: ders. (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa, (2. Aufl.) Gütersloh 2001, S. 19-49. [2001b]

Weidenfeld, W. (Hrsg.): Die Europäische Verfassung in der Analyse, Gütersloh 2005.

Weigl, M./L. C. Colschen: Politik und Geschichte, in: K.-R. Korte/W. Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Bonn/Opladen 2001, S. 59-94.

Weigl, M./M. Zöhrer: Regionale Identität und gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Tschechen. Ergebnisse eines Forschungsprojektes im bayerisch-böhmischen Grenzraum, München 2005.

Wodak, R. u.a.: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität, Frankfurt a. M. 1998.

Wodak, R. /S. Puntcher Riekmann: „Europe for All“. Diskursive Konstruktionen europäischer Identitäten, in: Mokre/Weiss/Bauböck 2003, S. 283-303.